

Was wußten spätere Widerständler wie Henning v. Tresckow und Rudolf-Christoph Frhr. v. Gersdorff im Sommer und Herbst 1941 vom Massenmord an den sowjetischen Juden? Welche Folgerungen zogen sie aus ihrer Kenntnis? Rebellierten sie vor allem aus Abscheu über die NS-Verbrechen im „Unternehmen Barbarossa“, oder waren es zunächst in erster Linie militärische und politische Überlegungen, die sie zur Opposition, schließlich zum aktiven Widerstand veranlaßten? Und ab welchem Zeitpunkt machten sich welche Motive bemerkbar?

Johannes Hürter

## Auf dem Weg zur Militäropposition

Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord  
Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte  
zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941

Der 20. Juli 1944 ist ein „deutscher Erinnerungsort“<sup>1</sup> par excellence. Wie kein zweiter leistet er bis heute einen zentralen Beitrag zur historisch-politischen Identität unserer Gesellschaft. In der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur und -politik bieten die Leitbilder vom „Aufstand des Gewissens“ und vom „anderen, besseren Deutschland“ einen willkommenen Kontrast zur verstörenden Tatsache der ungeheuerlichen Verbrechen während der NS-Diktatur. Dabei wird das Geschichtsbild bis in die Gegenwart hinein von den Selbstdeutungen der überlebenden Widerständler und einer besonderen Betonung der moralischen Beweggründe zur Opposition gegen Hitler geprägt. Einige Historiker haben hingegen versucht, den Widerstand stärker in den Bedingungen sowie vor allem auch Gefährdungen seiner Zeit zu sehen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen Danyel, Der 20. Juli, in: Deutsche Erinnerungsorte, hrsg. von Etienne François und Hagen Schulze, Bd. 2, München 2001, S. 220–237. Zur Erinnerung an den Widerstand nach 1945 vgl. auch Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime, Köln 1994; Peter Steinbach, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen, Paderborn 2001. – Ich danke Tobias Becker, Dr. Jürgen Förster sowie meinen Kollegen im „Wehrmachtsprojekt“ des Instituts für Zeitgeschichte, Dr. Christian Hartmann, Dr. Dieter Pohl und Peter Lieb M.A., für ihre Hilfe.

<sup>2</sup> Große Aufmerksamkeit erregten vor allem drei Autoren: Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmidthener/Hans Buchheim (Hrsg.), Die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler, Köln/Berlin 1966, S. 73–167, wies darauf hin, daß die politischen Überzeugungen der meisten Oppositionellen keineswegs mit der gesellschaftspolitischen Ordnung der westlichen Demokratie übereinstimmten. Christof Dipper, Der deutsche Widerstand und die Juden, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 349–380, thematisierte den Antisemitismus in den Widerstandskreisen. Auf die Thesen Christian Gerlachs zur Beteiligung der Militäropposition um Tresckow an Kriegs- und NS-Verbrechen wird in diesem Beitrag noch näher einzugehen sein.

Die Annäherung an die historische Wirklichkeit wird nicht nur durch die geschichtspolitische Überfrachtung des Themas, sondern auch durch die problematische Quellenlage behindert. Die Widerstandsforschung muß sich mit einer kaum zu überblickenden Masse an retrospektiven Aussagen auseinandersetzen, während die authentischen Dokumente aus der NS-Zeit – wie bei einem Komplott nicht anders zu erwarten – äußerst rar sind. Die meisten angeblichen oder tatsächlichen Überzeugungen, Verschwörungen und Attentatsversuche sind der Nachwelt ausschließlich in den Erinnerungsberichten der Nachkriegszeit oder den zwangsläufig verzerrten Ermittlungsakten der Gestapo überliefert. Die Forschung ist hier stärker als anderswo auf Indizienketten angewiesen. Gewiß, die Bombe, die am 20. Juli 1944 im „Führerhauptquartier“ explodierte, ist ebenso eine Tatsache wie die Gruppe von Offizieren, die für diese Tat verantwortlich war. An der historischen Größe der militärischen Opposition kann nicht gezweifelt werden. Wie es zu diesem Umsturzversuch kam und welche Motive die Verschwörer zum Handeln gegen die eigene Staatsführung bewegten, ist jedoch umstritten.

Hier soll ein kleiner, aber wichtiger Ausschnitt dieser Problematik behandelt werden. Es geht um den Kreis von regimekritischen oder gar oppositionellen Offizieren, der sich im Jahr 1941 um den 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Heeresgruppe Mitte, Oberstleutnant i.G. Henning v. Tresckow, bildete und im Laufe des Jahres 1942 eine aktive Rolle im Widerstand gegen Hitler zu spielen begann. Doch nicht diese Aktivitäten, die letztlich zum 20. Juli führten, werden diskutiert, sondern die Haltung dieser Offiziere zu den verbrecherischen Aktionen von SS- und Polizeiverbänden in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Krieges, vor allem diejenige zur massenhaften Ermordung von Juden durch die Einsatzgruppe B.

Über das politische Denken Tresckows zu Beginn des Ostfeldzugs ist wenig bekannt. Dennoch darf wohl vorausgesetzt werden, daß er schon zu diesem Zeitpunkt eine sehr reservierte Einstellung gegen Hitler und sein Regime hatte. Dafür spricht auch eine gezielte Personalpolitik, die bereits vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion einige Gleichgesinnte in den Stab der Heeresgruppe zog: konservative, meist adelige und aus preußischen Traditionsregimentern hervorgegangene Offiziere wie Major i.G. Rudolf-Christoph Frhr. v. Gersdorff (Ic/AO: Nachrichten- und Abwehroffizier<sup>3</sup>), Major Berndt v. Kleist (O 4-Ordonnanzoffizier), die beiden Ordonnanzoffiziere bei Oberbefehlshaber Fedor v. Bock, Major d.R. Carl-Hans Graf v. Hardenberg und Leutnant d.R. Heinrich Graf v. Lehndorff, sowie schließlich der persönliche Ordonnanzoffizier Tresckows, Leutnant d.R. Fabian v. Schlabrendorff. Noch weitere Offiziere neben diesen wichtigsten könnten genannt werden, andere kamen später hinzu, so daß man rückblickend tatsächlich von der „stärksten Oppositionsgruppe“ gegen das NS-Regime

<sup>3</sup> Anders als in den Armeeoberkommandos, wo in der Regel unter dem 3. Generalstabsoffizier, dem Nachrichtenoffizier (Ic), noch ein Abwehroffizier (Ic/AO) eingesetzt war, waren beim Heeresgruppenkommando Mitte diese beiden Positionen in der Person Gersdorffs vereint.

sprechen kann<sup>4</sup>. Ob Tresckow aber von vornherein ein „Instrument des Umsturzes“ schaffen wollte<sup>5</sup>, ist fraglich. Der Aufbau eines solchen Netzwerkes bedeutete noch lange nicht die Vorbereitung eines Staatsstreichs, sondern mochte zunächst vor allem der konservativen Tradition folgen, diejenigen zu begünstigen, die nach Herkunft und „Gesinnung“ als „zuverlässig“ galten. Auch Generalfeldmarschall v. Bock und sein Chef des Generalstabs, Generalmajor Hans v. Greiffenberg, werden keine Einwände gegen die in ihre Umgebung lancierten Männer gehabt haben, waren doch auch sie nach ihrem Selbstverständnis konservative Offiziere in der Nachfolge der Militärelite Preußens und des Kaiserreichs – ohne sich später aktiv am Widerstand zu beteiligen.

Auch auf eine grundsätzliche Opposition dieser Gruppe gegen das „Unternehmen Barbarossa“ deutet nichts hin. Der Stab der Heeresgruppe beteiligte sich sehr engagiert und ohne überlieferte Bedenken an der militärischen Planung und Vorbereitung des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Sowjetunion. Auch die Ablehnung der beiden „verbrecherischen Befehle“, des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses und des Kommissarbefehls, war keineswegs so nachhaltig, wie nach dem Krieg behauptet wurde<sup>6</sup>. Zwar drängten Tresckow und Gersdorff ihren Oberbefehlshaber Bock, sich für eine Abschwächung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses einzusetzen, doch die mäßigenden „Zusätze“ der Heeresgruppe zielten vor allem darauf ab, die Disziplin der Truppe zu wahren, indem exzessive kollektive Gewaltmaßnahmen, Sexualdelikte und Plünderungen verhindert werden sollten. Das war immerhin schon etwas, aber der Freibrief für eine rücksichtslose „Vernichtung“ von „Freischärlern“ und anderen „Verdächtigen“, der das Kriegsvölkerrecht bewußt ignorierte, war damit längst nicht aufgehoben. Und ein Protest der Heeresgruppe Mitte gegen den Befehl, die Kommissare der Roten Armee zu ermorden, ist gar nicht erst aktenkundig geworden. Es hat ihn wohl genauso wenig gegeben wie eine stille Absprache, den Befehl zu sabotieren. Von einer

<sup>4</sup> Peter Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1979, S. 332.

<sup>5</sup> So ebenda, S. 330.

<sup>6</sup> Vgl. vor allem Rudolf-Christoph Frhr. v. Gersdorff, *Soldat im Untergang*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977, S. 86–89, S. 92 u. S. 100f. Dort werden die zahlreichen Zeitzeugenaussagen Gersdorffs nach 1945 nochmals zusammengefaßt. Zu den älteren Zeugnissen vgl. Hermann Graml, *Die deutsche Militäropposition vom Sommer 1940 bis zum Frühjahr 1943*, in: *Vollmacht des Gewissens*, Bd. 2, Frankfurt a. M./Berlin 1965, S. 411–474. Vgl. außerdem Fabian v. Schlaubendorff, *Offiziere gegen Hitler*, Neuaufl. Zürich/Wien/Konstanz 1951, S. 72f. Die ältere Widerstandsforschung folgt den Erinnerungen dieser beiden wichtigsten Gewährsleute vorbehaltlos; vgl. besonders Hoffmann, *Widerstand*, S. 332f. und passim; Bodo Scheurig, Henning von Tresckow, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980, S. 102–108 und passim; Joachim Fest, *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*, Berlin 1994, S. 178–180. Dagegen stützt sich Christian Gerlach auf die zuvor völlig vernachlässigten militärischen Akten und kommt zu einem anderen Ergebnis. Vgl. zum folgenden Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 1115–1120; ders., *Hilfegerner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle“*, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler*, Darmstadt 2000, S. 62–76.

Unterdrückung des Kommissarbefehls durch das Heeresgruppenkommando oder einer nur sporadischen, gewissermaßen „versehentlichen“ Durchführung bei der Truppe konnte keine Rede sein. Das nachträgliche Bemühen, bereits in dieser Frage und schon im Juni 1941 einen aktiven Widerstand regimiekritischer Offiziere gegen die Vorgaben Hitlers und seiner militärischen Berater zu konstruieren, muß von dem, was quellenmäßig belegt ist, deutlich unterschieden werden.

Doch was wußten die Offiziere des Heeresgruppenkommandos von den mörderischen Planungen gegen die sowjetischen Juden? Bereits am 6./7. März 1941 wurde der stellvertretende Ic-Offizier der Heeresgruppe, Rittmeister Hans Schach v. Wittenau, über den geplanten „Einsatz von SS Einsatzkommandos der vordersten Truppe folgend“ informiert. Nach seiner Notiz, die Tresckow „zur Orientierung“ vorgelegt wurde, umfaßte die Tätigkeit dieser Kommandos auch „Executionen“, die allerdings – darauf legte die Wehrmachtsführung großen Wert – „möglichst abseits der Truppe vorgenommen werden“ sollten<sup>7</sup>. Die erstaunlich schnelle und konfliktlose Einigung des Oberkommandos des Heeres (OKH) mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) über den „Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD im Verbands des Heeres“ wurde den höheren Stäben des Ostheeres durch einen Befehl Brauchitschs vom 28. April 1941 bekannt gegeben<sup>8</sup>. Danach sollten Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD „in eigener Verantwortung“ sicherheitspolizeiliche Maßnahmen durchführen: in den Armeegebieten die Sicherstellung von Objekten „sowie besonders wichtiger Einzelpersonlichkeiten (führende Emigranten, Saboteure, Terroristen usw.)“ und in den rückwärtigen Heeresgebieten die „Erforschung und Bekämpfung der staats- und reichsfeindlichen Bestrebungen“. Den militärischen Kommandobehörden waren sie lediglich „hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung“ unterstellt, durften aber durch ihren Einsatz die militärischen Operationen nicht stören. Die

<sup>7</sup> Notiz Schachs über die Besprechung mit Oberst i. G. Hans Oster und Oberleutnant i. G. Franz Eccard v. Bentivegni vom OKW-Amt Ausland/Abwehr am 6./7. 3. 1941 mit dem Vermerk: „Chiefsache: Nur zur Orientierung von Oberstlt. v. Tresckow, *Persönlich*.“ In: Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002, S. 57. Gersdorff hatte seine neue Stellung bei der Heeresgruppe B zu diesem Zeitpunkt noch nicht angetreten.

<sup>8</sup> Befehl Brauchitschs, 28. 4. 1941, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 303 f. Zu dieser grundlegenden Absprache zwischen Generalquartiermeister Wagner und Heydrich vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 116–141; Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die „Genesis der Endlösung“, Berlin 1996, S. 19–41; Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003, S. 41–58. Eine umfassende Studie über die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust fehlt bisher: Gute Einführungen in die Problematik bieten Jürgen Förster, Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Die Wehrmacht. Mythos und Realität, hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 948–963; Dieter Pohl, Das deutsche Militär und die Verbrechen an den Juden im Zweiten Weltkrieg, in: Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg, hrsg. von Clemens Vollnhals, Dresden 2003, S. 45–61.

Sonderkommandos waren auf „ständige enge Zusammenarbeit“ mit den Ic-Offizieren angewiesen, um die militärischen und polizeilichen Aufgaben „in Einklang zu bringen“.

Diese Vereinbarung war trotz ihrer teilweise verschlüsselten, zugleich unbestimmten und vieldeutigen Sprache kaum mißzuverstehen. Gegen wen die Maßnahmen zielten, konnte nach den Erfahrungen mit der „völkischen Flurbereinigung“ im Polenfeldzug und aufgrund der Frontstellung der NS-Führung gegen den „jüdischen Bolschewismus“ nicht bezweifelt werden. Es ging um die Vernichtung einer Weltanschauung und ihrer Träger, wie Hitler den Oberbefehlshabern des Ostheeres am 30. März 1941 offenbarte<sup>9</sup>. Der genaue Mordauftrag an die vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ist allerdings nach wie vor umstritten<sup>10</sup>. Vieles spricht dafür, daß sich der Befehl zunächst auf die Ermordung der Sowjetfunktionäre und besonders der Juden unter ihnen, vielleicht auch schon aller jüdischen Männer im wehrfähigen Alter beschränkte<sup>11</sup>. Die Mordtätigkeit der Einsatzgruppen sowie anderer SS- und Polizeiformationen durchlief im ersten Vierteljahr des Ostkrieges mehrere Eskalationsstufen, wobei dynamische Prozesse vor Ort und Entscheidungen der Zentrale offenbar zusammenwirkten. Erst wurden fast nur jüdische Männer ermordet, dann vermehrt auch Frauen und Kinder, ehe man von Mitte August bis Ende September/Anfang Oktober 1941 dazu überging, unterschiedslos alle Juden in der besetzten Sowjetunion umzubringen.

Im Heeresgruppenkommando Mitte war der 3. Generalstabsoffizier Major v. Gersdorff als Nachrichten- und Abwehroffizier (Ic/AO) für die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der SS und Polizei zuständig. Dabei oblag ihm besonders der Kontakt zur Einsatzgruppe B, die Ende Juni 1941 mit den Einsatzkommandos 8 und 9, den Sonderkommandos 7a und 7b sowie einem Vorkommando für Moskau in das Operationsgebiet der Heeresgruppe ein-

<sup>9</sup> Generaloberst [Franz] Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, Bd. 2: Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges (1. 7. 1940–21. 6. 1941), bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1963, S. 336 f. (30. 3. 1941).

<sup>10</sup> Vgl. den Überblick über den aktuellen Forschungsstand durch Dieter Pohl, *Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933–1945*, Darmstadt 2003, S. 70–79. Grundlegend Peter Longenrich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München/Zürich 1998, S. 293–418. Zur Tätigkeit der Einsatzgruppen vgl. Krausnick/Wilhelm, *Truppe*; Peter Klein (Hrsg.), *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD*, Berlin 1997.

<sup>11</sup> Vgl. die Wiederholung früherer Instruktionen im Schreiben Heydrichs an die Höheren SS- und Polizeiführer, Berlin 2. 7. 1941, in: Klein (Hrsg.), *Einsatzgruppen*, S. 325: „Zu exekutieren sind alle Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin), die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees, Volkskommissare, Juden in Partei- und Staatsstellungen, sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeaure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.), soweit sie nicht im Einzelfall nicht oder nicht mehr benötigt werden, um Auskünfte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu geben, die für die weiteren sicherheitspolizeilichen Maßnahmen oder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der besetzten Gebiete besonders wichtig sind.“ Das „usw.“ ließ einigen Spielraum und verwies vielleicht auf mündliche Absprachen.

rückte<sup>12</sup>. Gersdorff war – wie alle maßgeblichen Generalstabsoffiziere – vor dem Angriff nicht nur durch den Brauchitsch-Befehl vom 28. April, sondern auch in mehreren Besprechungen bei Generalquartiermeister Wagner im Mai und Juni 1941 über den Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD näher informiert worden. So erläuterte Wagner am 4. Juni in Zossen, dem Hauptquartier des OKH bei Berlin, die Sonderaufgaben der SS- und Polizeikräfte. Über deren Absichten, so betonte er, müßten die Oberbefehlshaber dauernd unterrichtet werden, damit sie „je nach militärischer Lage zugestehen oder ausschließen“ könnten<sup>13</sup>. Das Heer bleibe die „oberste Instanz“, solle sich aber über die Sicherung der Rollbahnen und Nachschublinien hinaus für diesen „politischen Einsatz“ nicht weiter interessieren<sup>14</sup>. Besonders bemerkenswert war eine Besprechung am 6. Juni in Berlin, weil an ihr auch die wichtigsten SS- und Polizeioffiziere teilnahmen, die für den Ostfeldzug vorgesehen waren. Standartenführer Hans Nockemann, für die Leitung der Einsatzgruppe B eingeplant, erklärte vor den versammelten Generalstabsoffizieren, Himmlers Kommandos sollten „die Grundlagen für die endgültige Beseitigung des Bolschewismus“ schaffen, und nannte als „politisch gefährliche Persönlichkeiten“ u.a. „Juden, Emigranten, Terroristen“<sup>15</sup>. Dabei sei „mit äußerster Härte und Schärfe aufzutreten“<sup>16</sup>. Die Kommandobehörden des Ostheeres konnten sich kaum beklagen, auf das brutale Vorgehen dieser Kräfte nicht vorbereitet zu sein. Bedenken oder Proteste sind nicht überliefert. Warum auch, unterschieden sich solche Erklärungen doch kaum von den Richtlinien der Wehrmachtsführung, in denen von der Truppe „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes“ verlangt wurden<sup>17</sup>.

<sup>12</sup> Vgl. Christian Gerlach, Die Einsatzgruppe B 1941/42, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 52–70.

<sup>13</sup> Aufzeichnung des Generalstabschefs der 17. Armee über die Besprechung beim OKH am 4./5. 6. 1941, 6. 6. 1941, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA), RH 20-17/23.

<sup>14</sup> Aufzeichnung des Generalstabschefs der 18. Armee über diese Besprechung, 9. 6. 1941, in: National Archives Washington D. C., T 312/805.

<sup>15</sup> Aufzeichnung des Heeresgruppenkommandos Nord (Ic/AO) über die Besprechungen in Berlin am 5./6. 6. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/722, Bl. 84. Eingeladen wurden zu dieser „Besprechung über Fragen des Einsatzes von SS, SD und Polizeikräften im rückwärtigen Gebiet“ neben den Ic, Ib und Qu. 2 der Heeresgruppenkommandos, Armeeoberkommandos und Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete auch: „Einsatzstab Reichsführer SS, höhere SS und Polizeiführer bei den Bef. Rückw. H.Geb., Beauftragte des SD bei den AOK und den Bef. Rückw. H.Geb.“ Befehl Wagners, 26. 5. 1941, in: BA-MA, RH 20-16/1012, Bl. 54.

<sup>16</sup> Aktennotiz des Armeeoberkommandos Norwegen (Ic) über diese Besprechung, zit. nach: Jürgen Förster, Das Unternehmen „Barbarossa“ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig: DRZW), Bd. 4: Horst Boog [u. a.], Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 413–447, hier S. 425.

<sup>17</sup> „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“, als Anlage 3 der Besonderen Anordnungen Nr. 1 des OKW zur Weisung Nr. 21, 19. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 312 f. Vorher heißt es: „Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen

Gersdorff erinnerte sich nach dem Krieg zwar noch an die Vorbesprechungen und namentlich an die Konferenz vom 6. Juni 1941, behauptete aber, über die Aufgaben der Einsatzgruppen seien dort „nur unklare Angaben“ gemacht und das Wort „Jude“ sei „nicht ein einziges Mal“ ausgesprochen worden<sup>18</sup>. Er räumte aber ein: „Trotzdem hatten wir sofort den Verdacht, daß diese Einsatzgruppen auch zu Aktionen gegen die im westlichen Rußland zahlreichen Juden eingesetzt werden könnten.“ Folgen wir weiter dem Bericht Gersdorffs, der als einer der wenigen überlebenden Verschwörer des Tresckow-Kreises und als besonders glaubwürdig geltender „Kronzeuge“ größten Einfluß auf die Widerstandsforschung nehmen konnte. Unmittelbar vor Beginn des Feldzugs sei SS-Brigadeführer Arthur Nebe, zuvor Chef des Reichskriminalpolizeiamts im RSHA, zum Chef der Einsatzgruppe B ernannt worden – auf Betreiben Tresckows, für den Nebe „ein entschlossener Gegner des nationalsozialistischen Regimes, ein international bekannter Kriminalist und anständiger Mann“ gewesen sei<sup>19</sup>. Er, Gersdorff, habe von Tresckow den Auftrag bekommen, zu Nebe enge Fühlung zu halten und „nach Möglichkeit alles in Erfahrung zu bringen, was seitens der Einsatzgruppe geschah oder geschehen sollte“. Dadurch sollten möglichst viele Verbrechen verhindert werden. Er habe dann mit Nebe vereinbart, wöchentlich mindestens einmal zusammenzukommen, und ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihm aufgebaut<sup>20</sup>.

Dennoch suggeriert Gersdorff, daß Nebe das Heeresgruppenkommando über die Verbrechen der Einsatzgruppe B getäuscht habe. In den ersten Wochen etwa sei „keine Meldung über verbrecherische Maßnahmen gegen die russische Zivilbevölkerung eingegangen“<sup>21</sup>. Erst die zufällige Kenntnis über die Ermordung der gesamten jüdischen Bevölkerung in Borissow am 20./21. Oktober 1941 habe ihnen die Augen geöffnet und „unsere letzten Zweifel an der verbrecherischen Natur Hitlers beiseite geräumt“<sup>22</sup>: „Im Kreis um Tresckow hat der Fall Borissow wohl den nachhaltigsten Eindruck gemacht und die letzten Hemmungen im Kampf gegen Hitler und sein Regime beseitigt. Auch erfuhren wir wenig später von anderen Massensmorden an Juden in den rückwärtigen Gebieten der benachbarten Heeresgruppen sowie in den Zivilkommissariaten hinter der Gesamt-

---

*deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf.“*

<sup>18</sup> Gersdorff, Soldat, S. 84.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 85. Tatsächlich wurde Nebe erst nach dem 14. 6. 1941 eingesetzt, offenbar für den ursprünglich vorgesehenen Hans Nockemann. Vgl. Gerlach, Einsatzgruppe B, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 52. Zur zwiespältigen Person Nebes, der schließlich im Zusammenhang mit dem 20. Juli hingerichtet wurde, vgl. Ronald Rathert, Verbrechen und Verschwörung: Arthur Nebe. Der Kripochef des Dritten Reiches, Münster 2002.

<sup>20</sup> Gersdorff, Soldat, S. 90 f. Nebe und sein Adjutant hätten ihm zugesagt, „mich stets über alle Aufträge und Einsätze ihrer Kommandos rechtzeitig und genau unterrichten zu wollen“. Auch Schlabrendorff, Offiziere, S. 76, lobt die „gute Zusammenarbeit“ mit Nebe und behauptet: „Es war gelungen, den SS-Terror auf ein Minimum herabzudrücken. Das war nicht unser Verdienst, sondern das Verdienst des SS-Gruppenführers Nebe.“

<sup>21</sup> Gersdorff, Soldat, S. 92.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 96–100 (Zitate S. 96 u. S. 99). Über das Massaker von Borissow vgl. S. 547–549.

front.“ Nach dem Krieg habe er feststellen müssen, „daß auch Nebe Meldungen über Erschießungen an das Reichssicherheitshauptamt weitergegeben hat, die er uns gegenüber in Abrede stellte“. Gersdorff erinnert sich zwar, daß auch die Sorge um die Entwicklung des „Unternehmen Barbarossa“ seit August 1941 zur Bildung einer Fronde um Tresckow geführt hätte<sup>23</sup>. Doch „stärker und nachhaltiger“<sup>24</sup> habe die Entrüstung über die Judenmorde – angefangen mit Borissow – und über die Verbrechen gegen andere Bevölkerungsgruppen, Kriegsgefangene und Kommissare auf die Wandlung „von der passiven Gegnerschaft zur Entschlossenheit des Hochverrätters“<sup>25</sup> gewirkt.

Das Zeugnis Gersdorffs stimmt in wesentlichen Punkten mit den Erinnerungen Schlabrendorffs überein<sup>26</sup>. Vor allem diese beiden Zeitzeugen haben eine Sicht begründet, der die meisten Darstellungen über den militärischen Widerstand folgen<sup>27</sup>. Erst Christian Gerlach hat auf die Widersprüche dieser Überlieferung zur Wirklichkeit im Operationsgebiet der Heeresgruppe Mitte aufmerksam gemacht, wie sie in den erhaltenen Akten zutage tritt<sup>28</sup>. Danach war das Heeresgruppenkommando, namentlich Tresckow und Gersdorff, von Anfang an gut über die Verbrechen der Einsatzgruppe B, der Ordnungspolizei und der SS-Brigaden informiert. Dies habe die Offiziere weder zu Gegenmaßnahmen veranlaßt, noch daran gehindert, zu Nebe ein offenbar gutes Verhältnis zu haben. Außerdem seien einige der Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte für verbrecherische Aktionen zuständig und mitverantwortlich gewesen, Gersdorff etwa seit Juni 1941 für die Tätigkeit der Geheimen Feldpolizei, Tresckow von August 1942 bis August 1943 für eine Partisanenbekämpfung, der bei Großaktionen tausende unbeteiligte Zivilisten zum Opfer fielen. Dabei hätten sie durchaus auch Eigeninitiative entwickelt. Gerlachs Analyse hat neben heftiger Kritik<sup>29</sup> auch einige sachverständige Gegenargumente hervorgerufen. So hält etwa Winfried Heinemann mit Recht eine Beschränkung auf die dienstlichen Akten für ebenso unangemessen wie die kritiklose Übernahme nachträglicher Aussagen<sup>30</sup>. Tresckow, Gersdorff

<sup>23</sup> Dazu und zu folgendem Gersdorff, *Soldat*, S. 93–105.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 96.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 94.

<sup>26</sup> Vgl. Schlabrendorff, *Offiziere*, S. 76–79.

<sup>27</sup> Vgl. vor allem Hoffmann, *Widerstand*, S. 332–336; Scheurig, *Tresckow*, S. 91–120; Fest, *Staatsstreich*, S. 179–183.

<sup>28</sup> Noch recht zugespitzt und polemisch Christian Gerlach, *Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion*, in: *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, hrsg. von Hannes Heer und Klaus Naumann, Hamburg 1995, S. 427–446. Deutlich differenzierter und präziser ders., *Morde*, S. 1104–1126; ders., *Hitlergegner*, in: *Ueberschär* (Hrsg.), *NS-Verbrechen*.

<sup>29</sup> Charakteristisch dafür Marion Gräfin Dönhoff/Richard v. Weizsäcker, *Wider die Selbstgerechtigkeit der Nachgeborenen*, in: *Die Zeit* Nr. 11 v. 8. 3. 1996, S. 63.

<sup>30</sup> Vgl. Winfried Heinemann, *Kriegführung und militärischer Widerstand im Bereich der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront*, in: *Ueberschär* (Hrsg.), *NS-Verbrechen*, S. 77–89, hier S. 77 f. Vgl. auch ders., *Der Widerstand gegen das NS-Regime und der Krieg an der Ostfront*, in: *Militärsgeschichte* 8 (1998), Heft 3, S. 49–55. Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 1112: „Möglicherweise ist es richtig, daß das Leben eines Menschen nicht durch eine Aktenlage erfassbar ist, doch, bei Beachtung der notwendigen quellenkritischen Einschränkungen, können Verwaltungsakten,

und ihre Mitverschwörer seien zudem nur „Rädchen im Getriebe“ mit begrenzten Handlungsspielräumen gewesen. Sie hätten aus den Verbrechen schließlich nicht individualistisch-moralische, sondern – und das sei das Entscheidende – politisch-verantwortungsethische Konsequenzen gezogen<sup>31</sup>. Außerdem verweisen Heinemann und stärker noch Klaus Jochen Arnold<sup>32</sup> auf die komplizierten Bedingungen des Partisanenkrieges, in dem es neben eindeutigen Mordaktionen auch militärische Notwendigkeiten gegeben habe.

Als Beleg der „Mitwisserschaft“ und „stillschweigenden Zustimmung“<sup>33</sup> dienen Gerlach vor allem einige Berichte und Notizen der Einsatzgruppe für die Heeresgruppe Mitte, die zum Teil von den fünf maßgeblichen Offizieren des Oberkommandos, also von Bock, Greiffenberg, Tresckow, Gersdorff und dem 2. Generalstabsoffizier (Ib), Major i.G. Günther v. Gericke<sup>34</sup>, abgezeichnet und – nach allem Dafürhalten – gelesen wurden<sup>35</sup>. Diese Dokumente fanden sich als Kopien aus einem unbekanntem sowjetischen Archiv im Zentralarchiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) in Berlin. Sie waren 1970/71 der Staatsanwaltschaft Karl-Marx-Stadt für ein Strafverfahren gegen einen ehemaligen Angehörigen des Einsatzkommandos 8 zur Verfügung gestellt worden. Der betreffende Aktenband (ZUV 9, Bd. 31) enthält neben Informationsberichten des RSHA über die Tätigkeit der Einsatzgruppen<sup>36</sup>, die auch anderswo überliefert sind, sieben Dokumente der Einsatzgruppe B aus dem Sommer 1941<sup>37</sup>:

1. den ersten Teil („Allgemeine Ausführungen über Marsch und Einsatz“) eines Tätigkeitsberichts Nebes für die Zeit vom 23. Juni 1941 bis 13. Juli 1941<sup>38</sup>;

---

zumal wenn sie mit dem nachfolgenden Geschehen, persönlichen Notizen und ähnlichem übereinstimmen, gerade konkrete Vorgänge und die Handlungsbeiträge verschiedener Personen durchaus wiedergeben.“

<sup>31</sup> Heinemann, Kriegführung, in: Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen, S. 86: „Wichtiger als selbst schuldfrei zu bleiben, war es, das verbrecherische System zu stürzen.“

<sup>32</sup> Vgl. Klaus Jochen Arnold, Verbrecher aus eigener Initiative? Der 20. Juli 1944 und die Thesen Christian Gerlachs, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 53 (2002), S. 20–31.

<sup>33</sup> Vgl. etwa Gerlach, Morde, S. 1111.

<sup>34</sup> Der Ib war für die Versorgungsfragen zuständig, aber auch für: „Mitarbeit an polizeilichen und SD-Aufgaben im rückw. Heeresgebiet und Wehrmachtgebiet (mit Ic).“ Vgl. den Dienstplan für das Oberkommando der Heeresgruppe B, 20. 6. 1941, in: BA-MA, Film S 18495.

<sup>35</sup> Vgl. Gerlach, Männer, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 429 f.; ders., Morde, S. 1105 f.

<sup>36</sup> Die Berichte von 1941/42 umfassen alle elf „Tätigkeits- und Lageberichte der Sicherheitspolizei und des SD in der UdSSR“, zwölf „Ereignismeldungen UdSSR“ sowie zehn „Meldungen aus den besetzten Ostgebieten“.

<sup>37</sup> Außerdem findet sich in dem Band noch als achttes Dokument der Einsatzgruppe B ein ausführlicher Tätigkeits- und Lagebericht für die Zeit vom 16. bis 28. 2. 1942.

<sup>38</sup> Abgedruckt in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 375–385. In diesem überlieferten Teil geht es ganz überwiegend um organisatorische, personelle, logistische und technische Fragen des Einsatzes.

2. eine Notiz über den Vormarsch der Einsatzgruppe B, ca. 15. Juli 1941, abgezeichnet von Bock, Greiffenberg, Tresckow, Gericke und Gersdorff;
3. eine Notiz Nebes für die Heeresgruppe Mitte, 22. Juli 1941, u. a. über „polizeiliche Angelegenheiten“;
4. eine Vortragsnotiz für die Heeresgruppe Mitte, 26. Juli 1941, u. a. über „polizeiliche Tätigkeit“, abgezeichnet von Bock, Greiffenberg, Tresckow und Gersdorff;
5. einen Polizeilichen Tätigkeitsbericht, 19. August 1941, für die Zeit vom 9. bis 16. August 1941 zum Vortrag bei der Heeresgruppe Mitte;
6. einen Polizeilichen Tätigkeitsbericht, 25. August 1941, für die Zeit vom 17. bis 23. August 1941 zum Vortrag bei der Heeresgruppe Mitte, abgezeichnet von Bock, Greiffenberg, Tresckow, Gericke und Gersdorff;
7. einen Polizeilichen Tätigkeitsbericht, 3. September 1941, für die Zeit vom 24. bis 31. August 1941 zum Vortrag bei der Heeresgruppe Mitte, abgezeichnet von Greiffenberg, Tresckow und Gersdorff.

Diese Dokumente sind auch deswegen interessant, weil Akten der vier Einsatzgruppen und ihrer Kommandos nur spärlich überliefert sind, besonders für die ersten Wochen des Ostfeldzugs. Ihre weitgehend verlorenen Berichte an das RSHA flossen dort in die „Ereignismeldungen UdSSR“ ein, die an verschiedene Dienststellen von SS und Polizei verteilt wurden<sup>39</sup>. In den Notizen und Berichten der Einsatzgruppe B für den Juli und August 1941 finden sich zahlreiche Formulierungen und auch ganze Abschnitte aus den Ereignismeldungen. So ist etwa die Notiz vom 22. Juli 1941 in weiten Teilen mit den Passagen über die Einsatzgruppe B in der Ereignismeldung Nr. 32 vom 24. Juli 1941 identisch, die Notiz vom 26. Juli mit denjenigen in der Ereignismeldung Nr. 36 vom 28. Juli. Allerdings läßt sich an diesen beiden Beispielen auch gut nachweisen, daß Nebe das Heeresgruppenkommando zwar recht offen über die mörderische Tätigkeit seiner Männer informierte, aber durchaus manche Zahlen und schrecklichen Details unter den Tisch fallen ließ. So heißt es in der Notiz vom 22. Juli<sup>40</sup>: „Das nach Slonim abgeordnete Teilkommando hat sich an einer Großaktion des Höheren SS- und Polizeiführers gegen Juden und andere kommunistische Elemente und Plünderer beteiligt.“ Das war schon sehr deutlich und schwer mißzuverstehen, doch in der Ereignismeldung vom 24. Juli tauchen auch die Zahlen auf<sup>41</sup>: „Das nach Slonim abgeordnete Teilkommando hat in Zusammenwirken mit der Ordnungspolizei eine Großaktion gegen Juden und andere kommunistisch belastete Elemente zur Durchführung gebracht, wobei ca. 2000 Personen wegen kommunistischer Umtriebe und Plünderens festgenommen wurden. Von ihnen sind am gleichen Tage 1075 Personen liquidiert worden.“ Die Nach-

<sup>39</sup> Vgl. ebenda, S. 9–11; Ronald Headland, *Messages of Murder. A Study of the Reports of the Einsatzgruppen of the Security Police and the Security Service, 1941–1943*, London/Toronto 1992.

<sup>40</sup> BStU, ZUV 9, Bd. 31, Bl. 21.

<sup>41</sup> Ereignismeldung UdSSR Nr. 32, 24. 7. 1941, S. 4 f., in: Institut für Zeitgeschichte München, Archiv (künftig: IfZ-Archiv), MA 91/1.



nen als ein fortdauerndes Morden allein schon in dieser Stadt? Nebe erschien im Sommer 1941 offenbar wöchentlich – auch die Tätigkeitsberichte für den August belegen diesen Wochenrhythmus – bei Gersdorff und hin und wieder auch bei Bock, Greiffenberg und Tresckow zum Vortrag<sup>49</sup>. Dabei gab es die Möglichkeit der Nachfrage und der Erläuterung von Details, die in den schriftlichen Berichten nicht erwähnt oder nur angedeutet wurden. Außerdem werden auch von anderer Seite, etwa von der Geheimen Feldpolizei, Informationen an die Leitung der Heeresgruppe gelangt sein. Man wird also eher von einem noch höheren Wissensstand des Heeresgruppenkommandos über die Aktionen der Einsatzgruppe B ausgehen können, als sie die Paraphierung der von Gerlach gefundenen Berichte widerspiegelt.

Nebe wird alles daran gesetzt haben, die Offiziere von der unbedingten Notwendigkeit dieser Aktionen zu überzeugen – und zwar nicht mit „rassenideologischen“, sondern mit militärisch-politischen Argumenten. Die schriftlichen Vorlagen gaben die Argumentation vor, denn stets wird die Exekution von Juden damit begründet, daß diese überzeugte Kommunisten seien bzw. gegen die deutschen Besatzer agitiert, sabotiert oder sonstwie gearbeitet hätten. Die Maßnahmen der SS und Polizei richteten sich demnach vor allem gegen „politisch gefährliche“ jüdische Männer, so wie es vor dem Feldzug mit den Dienststellen der Wehrmacht abgesprochen worden war. Solange sich die Erschießungen auf der Linie dieser Absprachen bewegten, konnten sie kaum überraschen oder auf grundsätzlichen Widerspruch stoßen. Die Gleichsetzung von „Bolschewisten“, „Partisanen“ und „Juden“ läßt sich auch in den Akten der militärischen Stellen häufig nachweisen. Der Mord an jüdischen Frauen und Kindern oder gar an *allen* Juden wurde dagegen in den genannten Berichten an die Heeresgruppe Mitte noch nicht thematisiert. Die ständigen Meldungen über die Bildung von Judenräten und Ghettos sowie über die Registrierung und Kennzeichnung der Juden – übrigens in enger Zusammenarbeit mit den Feld- und Ortskommandanturen der Wehrmacht<sup>50</sup> – schienen eher darauf hinzuweisen, daß der Großteil der jüdischen Bevölkerung zwar abgesondert und diskriminiert, aber immerhin lebend in die deutschen Verwaltungsgebiete eingefügt werden sollte.

Die von Gerlach herangezogenen Akten verbergen zwar keineswegs grundsätzlich die antijüdischen und mörderischen Aktionen, täuschen teilweise aber über deren Umfang hinweg. Das hat den Einwand erleichtert, das Heeresgruppenkommando habe lediglich beschränkte Kenntnisse über die Tätigkeit der Einsatzgruppe gehabt<sup>51</sup>. Ein neuer Fund, ebenfalls im Zentralarchiv der Bundesbeauf-

---

Rädelsführer fungiert hatten. Bei den übrigen Exekutierten handelte es sich durchweg um rassistisch minderwertige Subjekte mit asiatischem Einschlag.“

<sup>49</sup> Vgl. Gersdorff, Soldat, S. 90 f.

<sup>50</sup> Vgl. dazu etwa Norbert Kunz, Die Feld- und Ortskommandanturen auf der Krim und der Judenmord 1941/42, in: Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, hrsg. von Wolf Kaiser, Berlin/München 2002, S. 54–70.

<sup>51</sup> So etwa Arnold, Verbrecher, S. 23, mit Bezug auf Feldmarschall v. Bock. Doch auch Gerlach, Männer, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 430, räumt ein: „Ganz offen war der SD tatsächlich nicht.“

tragen für die Stasi-Unterlagen, kann ein besseres Licht auf dieses Problem werfen. Wieder handelt es sich um Kopien<sup>52</sup> aus einem sowjetischen Archiv, vermutlich dem Militärarchiv in Podolsk, die den Justizbehörden der DDR für die Strafverfolgung von NS-Tätern zur Verfügung gestellt wurden und in einem bisher unbeachteten Aktenband (RHE 4/85, SU, Bd. 7) zu finden sind. Die beiden wichtigsten Dokumente werden hier vorgestellt und abgedruckt:

1. Ein undatierter Polizeilicher Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für die Zeit von etwa 9. bis 16. Juli 1941 (so die im Text erwähnten Eckdaten), abgezeichnet von Bock, Greiffenberg, Tresckow, Gericke und Gersdorff. Es ist nicht ersichtlich, ob der Bericht speziell zur Vorlage beim Heeresgruppenkommando Mitte angefertigt und abgeschwächt wurde oder der originale Teil eines Tätigkeitsberichts der Einsatzgruppe an das RSHA ist. Die vergleichsweise große Offenheit des Berichts könnte für die zweite Annahme sprechen. Der Wortlaut ist bisher an keiner anderen Stelle überliefert, auch nicht auszugsweise in den „Ereignismeldungen UdSSR“.
2. Die Mitteilung eines Polizeilichen Tätigkeitsberichts der Einsatzgruppe B an die wichtigsten Kommandobehörden der Heeresgruppe Mitte durch Major i.G. v. Gersdorff am 14. August 1941. Der Tätigkeitsbericht umfaßt etwa den Zeitraum vom 26. Juli bis Anfang August und gleicht im Aufbau wie in seinem Duktus den drei Berichten für den August 1941 in ZUV 9, Bd. 31. Wie diese ist er offenbar gezielt für das Heeresgruppenkommando geschrieben und im Vergleich zum ersten Bericht erheblich entschärft, wenn auch immer noch deutlich genug. Auch sein Wortlaut ist bisher anderswo nicht überliefert.

Das *erste Dokument* ist unter den bisher gefundenen Berichten nicht nur die früheste, sondern auch die bei weitem offenherzigste Informierung des Heeresgruppenkommandos Mitte über die Liquidierungen von Juden und Kommunisten. Vor allem wird kein Hehl daraus gemacht, daß sich die Aktionen von SS und Polizei keineswegs nur – wie vor dem Angriff mit der Wehrmacht abgesprochen – gegen kommunistische Funktionäre und „politisch gefährliche“ Juden, sondern zunehmend gegen alle wehrfähigen jüdischen Männer und auch bereits gegen andere Teile der jüdischen Bevölkerung richteten. Das Dokument beginnt mit einem Paukenschlag, indem zugegeben wird, daß sich die Schergen Himmlers – wenn auch in Weißrußland nahezu vergeblich – gezielt darum bemühten, Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung anzuzetteln. Diese von Heydrich angeordnete Maßnahme<sup>53</sup> bedrohte nicht nur die „Intelligenz“, sondern alle Juden. Weiter wird von einer kollektiven Repressalmaßnahme berichtet, die so eklatant unverhältnismäßig war, daß sie selbst ein voreingenommener Leser nur als Massenmord verstehen konnte: Zur Vergeltung eines Überfalls auf eine deutsche

<sup>52</sup> Diese Kopien sind, wie auch die von Gerlach vorgelegten Dokumente, zweifelsfrei Ablichtungen der authentischen Akten (einschließlich der originalen Paraphen), offensichtlich aus erbeuteten Beständen der Heeresgruppe Mitte.

<sup>53</sup> Dazu und zu den weiteren im folgenden angesprochenen Details vgl. die Kommentierung der Dokumente mit den entsprechenden Literatur- und Quellenhinweisen.

Polizeistation in Wilna, bei dem niemand (!) verletzt wurde, erschoss ein Kommando der Einsatzgruppe 408 Juden. Weitere Vergeltungsmaßnahmen in Wilna und Minsk kosteten 219 bzw. 349 Juden das Leben. Außerdem werden unverblümt die Aussonderungen und Exekutionen im Zivilgefangenenlager Minsk geschildert. Dort hatte die Wehrmacht alle wehrfähigen Männer der Stadt interniert und nicht nur die Geheime Feldpolizei, sondern auch die Einsatzgruppe B beauftragt, das Lager auf verdächtige Personen zu „durchkämmen“. Jetzt erfuhr das Heeresgruppenkommando, daß sich noch 2500 Juden im Lager befanden – und: „Soweit die noch im Lager vorhandenen Juden nicht unbedingt zu dringenden wirtschaftlichen Arbeiten benötigt werden, erfolgt weiter eine laufende Liquidierung.“ Damit war klar, daß nur jene jüdischen Männer im wehrfähigen Alter überleben sollten, die noch als Arbeitskräfte gebraucht wurden. Der Bericht zeichnete ein Bild von der Tätigkeit der Einsatzgruppe, das schlichtweg erschreckend war und weit über das hinausging, was man aufgrund der Vorbereitungen erwarten konnte. Wie realistisch dieses Bild war, zeigt auch die Tatsache, daß für einen relativ kurzen Zeitraum von einigen Tagen die Zahl von 1330 Liquidierten, ganz überwiegend Juden, angegeben wurde. Die Einsatzgruppe B ermordete – unterstützt durch Ordnungspolizei, Geheime Feldpolizei und einheimische Hilfspolizisten – bis zum 14. Juli 1941 vermutlich insgesamt 4234 Menschen<sup>54</sup>, so daß die an die Heeresgruppe Mitte weitergegebene Zahl für diese wenigen Tage den Umfang des Mordens nicht verschleierte.

Das *zweite Dokument* ist weit weniger spektakulär, aber deswegen interessant, weil es nachweist, daß das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte die Meldungen Nebes nicht nur bloß zur Kenntnis nahm, sondern teilweise an die unterstellten Armeen weitergab, und zwar „mit der Bitte um entsprechende Maßnahmen“, wenn auch mit der Einschränkung „soweit die Truppe beteiligt ist“. Damit war offenbar nur der erste Punkt, also der Erfahrungsbericht über den „Einsatz gegen Partisanen“ angesprochen. Allerdings muß man fragen, warum Gersdorff dann in diesen „Auszügen“ auch den zweiten Punkt übermittelte, anstatt ihn wegzulassen: „Aktionen gegen Kommunisten usw.“, wobei das „usw.“ vor allem Juden meinte. Sollten die militärischen Stellen nochmals auf die „Gefahr“ durch die Juden aufmerksam gemacht werden? Der von Gersdorff versandte Polizeiliche Tätigkeitsbericht ist längst nicht so offen und erschreckend wie der Bericht von Mitte Juli 1941. Auf eine Beschreibung von größeren Massakern wird verzichtet, und der Umfang der kurz erwähnten „Liquidierungsaktionen“ bleibt meist unbestimmt. Doch verdeutlichte er, daß immer wieder und hauptsächlich Juden ins Visier gerieten, besonders bei den sicherheitspolizeilichen Aktionen, aber auch in der Partisanenbekämpfung. Die städtische „jüdische Intelligenz“ wird auch in diesem Dokument ohne Wenn und Aber zu einem Hauptfeind erklärt. Dieser dehnbare Begriff drohte freilich die willkürliche Ermordung sehr vieler Juden zu legitimieren. Gersdorff wußte natürlich, welch umfassende Mordtätigkeit sich

<sup>54</sup> Gerlach, Einsatzgruppe B, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 62, nach den Angaben der Einsatzgruppe. Bis Ende Juli waren es schließlich 11.084 Liquidierte, bis Ende September 30.094, insgesamt (bis zum 31. 3. 1943) 142.359 Menschen.

hinter den vergleichsweise zurückhaltenden Sätzen eines solchen Berichts verbarg. Jede Ortsangabe war mit dem Blut dutzender, hunderter, manchmal tausender Juden getränkt. Um so mehr muß es irritieren, daß er ein Schriftstück der Einsatzgruppe B von eindeutig antisemitischer Tendenz nicht unterdrückte, sondern weitergab. Dadurch trug er dazu bei, das verbreitete Mißtrauen der Truppe gegen die jüdische Bevölkerung in den eroberten Gebieten zusätzlich zu schüren und antijüdischen Übergriffen Vorschub zu leisten. Vielleicht handelte Gersdorff dabei im Auftrag seiner vorgesetzten Offiziere, Greiffenberg oder Tresckow.

Das erste der beiden vorgestellten Dokumente belegt also, daß die maßgeblichen Offiziere des Heeresgruppenkommandos Mitte bereits sehr frühzeitig und in bisher unbekanntem Umfang über die Massenmorde der SS und Polizei in ihrem Befehlsbereich unterrichtet waren. Und das zweite Dokument legt nahe, daß diese Offiziere oder wenigstens einer von ihnen, Gersdorff, zumindest gegen die Erschießung von „verdächtigen“ Juden wenig einzuwenden hatten. Diese Art der „Gegnerbekämpfung“ galt offenbar nach den ideologischen Rastern, die das Denken vieler Offiziere prägten, auch militärisch als sinnvoll und wurde daher den unterstellten Kommandobehörden vermittelt. Beide Dokumente widerlegen die Erinnerungen Gersdorffs und auch Schlabrendorffs. Allerdings liegt eine andere Nachkriegsaussage Gersdorffs vor, in der er seinen wirklichen Kenntnisstand zwar ebenfalls leugnete, die aber doch ein bezeichnendes Licht auf seine Einstellung zu den gemeldeten Judenmorden im Sommer 1941 wirft. Der Staatsanwaltschaft München teilte er am 6. Mai 1959 über die angeblich nur ganz niedrigen Zahlen von Judenerschießungen in den Berichten Nebes mit<sup>55</sup>: „Die Zahlen hielten sich in einer Grössenordnung, die im Hinblick auf die Grösse des Operationsgebietes von Nebe durchaus begreiflich waren, d.h. man konnte ohne weiteres der Auffassung sein, dass es sich um kriegsbedingte Erschiessungen handelte. Dies umsomehr, als ich persönlich auch die Erfahrung gemacht habe, dass sich unter den Agenten sehr viele Juden befanden und dass sich unter der jüdischen Bevölkerung eine grössere und aktivere Kriminalität ergab, als bei der übrigen russischen Bevölkerung.“ Hier entlarvte sich ein antisemitischer Blickwinkel, aus dem in der partiellen Verfolgung und gezielten Beseitigung von Juden eine militärische Notwendigkeit im Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ gesehen wurde.

Dennoch stellt sich die Frage, wie das Heeresgruppenkommando Mitte auf die Botschaft des ersten Dokuments reagierte, daß die Einsatzgruppe massenhaft jüdische Männer zur Vergeltung oder beim „Durchkämmen“ von Ortschaften und Lagern erschoss. Das nüchterne Zusammenzählen der Opferzahlen am Rand des Dokuments durch Gersdorff ist nicht gerade als ein Zeichen der Empörung zu verstehen. Vielmehr erinnert es an das, was Walter Bußmann, damals Offizier in der Abteilung Kriegsverwaltung beim Generalquartiermeister im OKH, von sei-

<sup>55</sup> Zit. nach Gerlach, Morde, S. 1121. „Ich glaube nicht, dass jemals über 100 Liquidierungen in den Einzelmeldungen aufgeführt waren. [...] Von Massenaaktionen ist mir von Nebe niemals etwas erzählt worden.“

nen Vorträgen über die „Ereignismeldungen UdSSR“ berichtete<sup>56</sup>: „Es bleibt unvergessen, wenn General Wagner zuhörte oder wenn er die Zahlen der vom SD gemeldeten Ermordeten, in der Sprache der SS ‚Liquidierten‘, addierte und Kenntnis nahm von jenen Gebieten, die als ‚judenfrei‘ gemeldet wurden.“ Es gibt jedoch Indizien dafür, daß der große Umfang der Erschießungen zumindest auf Unbehagen stieß. Am 4. August 1941 notierte Feldmarschall v. Bock in sein Tagebuch<sup>57</sup>: „Auf Grund mir vorgetragener, später als übertrieben erwiesener Gerüchte, lasse ich den für mein rückwärtiges Gebiet zuständigen, mir aber nicht unterstellten Polizeigeneral Nebel [!] bitten, Anweisungen zu geben, daß Exekutionen im engeren Bereich meines Oberkommandos nur soweit durchgeführt werden, als es sich um bewaffnet aufgegriffene Banditen oder um Verbrecher handelt. Gersdorff meldet, daß Nebel [!] dies zugesagt habe.“ Diese „Bitte“ an Nebe – Bock scheint sich seiner stärkeren Position nicht wirklich bewußt gewesen zu sein – bezog sich aber lediglich auf die nähere Umgebung des Hauptquartiers<sup>58</sup>. Offenbar wollte man nicht unmittelbar vor den eigenen Augen mit Aktionen der Sicherheitspolizei konfrontiert werden, die über das „notwendige“ Maß hinausgingen und blanken Mord bedeuteten. Immerhin läßt sich hier eine gewisse, wenn auch wenig nachhaltige und folgenlose Kritik an der Radikalität des sicherheitspolizeilichen Vorgehens herauslesen. Vielleicht war das Heeresgruppenkommando doch erschreckt über die hohe Zahl der Erschießungen und wollte mäßigend auf die Einsatzgruppe B einwirken. Vielleicht ist diese Kritik der Grund dafür gewesen, daß die Berichte Nebes an die Heeresgruppe seit der zweiten Julihälfte nicht mehr so offen waren wie jener von Mitte des Monats.

Die Nachrichten über die Tätigkeit der Einsatzgruppe blieben freilich deutlich genug. Eine klare Wendung des Oberkommandos gegen die Mordaktionen, ausgelöst durch diese oder andere Informationen, läßt sich im Sommer 1941 aber nicht erkennen. Alles deutet darauf hin, daß die genannten Offiziere ihre Reserve gegen das NS-Regime und seine Schergen in der Anfangsphase des „Unternehmen Barbarossa“ bewußt zurückstellten, weil sie den „Existenzkampf“ gegen den bolschewistischen Erzfeind zügig gewinnen wollten. Zum Zweck des militärischen Sieges in einem „Blitzkrieg“, der vor allem durch die Heeresgruppe Mitte erzwungen werden sollte, setzte man auf Schnelligkeit, Rücksichtslosigkeit

<sup>56</sup> Walter Bußmann, Politik und Kriegführung. Erlebte Geschichte und der Beruf des Historikers, in: Fridericiana, Zeitschrift der Universität Karlsruhe, 1983, Heft 32, S. 3–16, hier S. 11. Gelegentlich war auch Halder bei den Vorträgen Bußmanns anwesend. Vgl. auch die Bemerkung Bußmanns zu den Absprachen vor dem Ostfeldzug: „Ich vermag die Frage nicht zu beantworten, ob sich das OKH zu jenem Zeitpunkt, d. h. in der Vorbereitung auf ‚Barbarossa‘ im klaren über die Folgen war, die bekanntermaßen in der ‚Endlösung‘ gipfelten. Wer das ‚Programm‘ kannte, und das war in den verschiedensten Publikationen und Kundgebungen allgemein zugänglich, konnte und durfte sich keinen Täuschungen hingeben, auch wenn für die Durchführung eines Genocids die Vorstellung nicht ausreichte.“

<sup>57</sup> Generalfeldmarschall Fedor von Bock. Zwischen Pflicht und Verweigerung. Das Kriegstagebuch, hrsg. von Klaus Gerbet, München/Berlin 1995, S. 239.

<sup>58</sup> Daher ist es verfehlt, in diesem Eintrag einen Beleg für die „beschränkten Kenntnisse von Bocks über die Tätigkeit der Einsatzgruppen“ zu sehen, wie Arnold, Verbrecher, S. 23, das versucht.

und Geschlossenheit – und war kaum bereit, den Erfolg durch interne Querelen über Verbrechen an einer skeptisch beäugten Minderheit in einem fremden Land zu gefährden. Viele Offiziere des Ostheeres sahen dabei keineswegs nur beiseite, sondern zeigten Verständnis für die Exekution von angeblich gefährlichen Gegnern, für welche jüdische Funktionäre und „Intelligenzler“ allgemein gehalten wurden. Das Verständnis begann erst zu schwinden, als die Mordaktionen nicht allein bestimmte Juden trafen, sondern wahllos jüdische Männer oder sogar Frauen und Kinder. Doch in der Anspannung und Hektik der ersten Wochen spielten aufkeimende Bedenken offenbar selbst bei den Männern, die dann den Weg zum 20. Juli gingen, kaum eine Rolle. Früher als die Abscheu über den Judenmord machte sich eine Enttäuschung über den militärischen Verlauf des Ostfeldzugs bemerkbar.

Das soll am Beispiel Tresckows etwas näher erläutert werden. Es wird häufig übersehen, welche Funktion dieser spätere Kopf des Widerstands 1941 im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte hatte. Tresckow war als 1. Generalstabs-offizier und wichtigster militärischer Berater Bocks und Greiffenbergs maßgeblich an der Planung und Lenkung der militärischen Operationen beteiligt. An dem Erfolg des konzentrierten Vorstoßes „seiner“ Heeresgruppe hing fraglos seine patriotische Hoffnung, vor allem aber seine professionelle Leidenschaft. Schon während des Westfeldzugs, Ende Mai 1940, hatte er sich vom militärischen Verlauf und vom Triumph über die Sieger von 1918 mitreißen lassen<sup>59</sup>: „Hier geht weiter alles ausgezeichnet und wir gehen voller Zuversicht an unsere neuen Aufgaben. Aller Kleinmut, dessen ich mich freudig schuldig bekenne, ist angesichts dieser ungeheueren Erfolge verflogen. Es kommt eben alles auf das gegenseitige *Verhältnis* an; so wird alles weiter gut werden und hoffentlich ein *guter* Frieden folgen.“ Er war vom schnellen deutschen Erfolg gegen die Westmächte nachhaltig beeindruckt und sah fortan in tiefen Durchbrüchen durch die aus der Luft unterstützte Panzerwaffe „die Lehre für alles Weitere in der Zukunft“<sup>60</sup>. Leutnant d.R. Alexander Stahlberg besuchte seinen Vetter Tresckow am Vorabend des Angriffs auf die Sowjetunion und fragte ihn nach den deutschen Chancen<sup>61</sup>. Dieser antwortete, „er sehe eine Möglichkeit für uns, auch Rußland zu schlagen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Heeresgruppe Mitte vor Einbruch des Winters die Schlacht um Moskau gewinne und die Stadt eingenommen habe. Wenn es uns gelinge, die Zentrale der sowjetischen Regierung, der Verwaltung, der wirtschaftlichen Lenkung, das Zentrum der Verkehrs- und Nachrichtenwege zu zerschlagen, dann könne man mit dem

<sup>59</sup> Tresckow an Luise v. Benda, die spätere Frau Alfred Jodls, 29. 5. 1940, in: IfZ-Archiv, ED 115/20. Diese Karte, die auf der Vorderseite die Unterzeichnung des Waffenstillstands vom 11. 11. 1918 zeigt, ist eines der wenigen authentischen Dokumente Tresckows, die bisher bekannt geworden sind.

<sup>60</sup> Scheurig, Tresckow, S. 89, über ein Gespräch Tresckows mit seinem Vetter Rolf v. Tresckow am 22. 6. 1940.

<sup>61</sup> Alexander Stahlberg, *Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945*, Berlin/Frankfurt a. M. 1987, S. 175 f. „Henning Tresckows Lagebeurteilung war für mich persönlich die erste dieses Maßstabes, die ich anhörte. Darum blieb sie unvergeßlich im Gedächtnis.“

Zusammenbruch Rußlands rechnen. Sollte das aber bis zum Beginn des Winters nicht gelingen, dann sehe es nach seiner Überzeugung für uns düster aus. Es hänge deshalb alles vom schnellen und durchgreifenden Erfolg der Heeresgruppe Mitte ab.“

Tresckow war also, wie überhaupt das gesamte Heeresgruppenkommando und mit ihm das OKH unter Brauchitsch und Halder, ganz auf einen schnellen Stoß gegen das „Herz“ Moskau fixiert. Bekanntermaßen setzte sich aber am 21. August 1941 nach sechswöchigen, quälenden Diskussionen nicht der Plan einer konzentrierten Weiterführung des Angriffs im mittleren Frontabschnitt durch, sondern Hitlers Option einer Schwerpunktverlagerung nach Süden mit Stoßrichtung auf die Industrie- und Erdölgebiete der Ukraine und des Kaukasus<sup>62</sup>. Die Entscheidung des Diktators gegen den von ihnen ausgearbeiteten Angriffsplan auf Moskau führte bei den Offizieren des Heeresgruppenkommandos zu großer Enttäuschung, ja Verbitterung. Diese kam etwa im Tagebuch Bocks deutlich zum Ausdruck<sup>63</sup>. Und selbst die Erinnerungen Gersdorffs spiegeln noch die düstere Stimmung wider, die in diesen Tagen im Oberkommando und namentlich bei Tresckow und Gersdorff geherrscht haben muß<sup>64</sup>: „Nach meiner Überzeugung ist dies die am schwersten wiegende Fehlentscheidung Hitlers gewesen, die letztlich den Verlust des ganzen Krieges einleiten und begründen sollte. Tresckow hatte die katastrophale Führungsschwäche Hitlers von Anfang an gesehen und war nun mehr denn je von der Notwendigkeit überzeugt, daß er rechtzeitig ausgeschaltet werden müsse, wenn Deutschland der sichere Weg in den Abgrund erspart werden sollte.“

Auch wenn Gersdorff diese Aussage sofort relativiert und behauptet, „stärker und nachhaltiger“ habe die Empörung über die NS-Verbrechen auf die Bildung einer aktiven Widerstandsgruppe gewirkt, läßt sie dennoch vermuten, daß die Enttäuschung über die militärische „Fehlentscheidung“ Hitlers im August 1941 ein Dreh- und Angelpunkt in der Entwicklung von regimekritischen Offizieren zu Widerständlern war. Seither machten sich bei Tresckow und seinen Vertrauten ganz offensichtlich starke Skepsis über die Erfolgsaussichten des Ostfeldzugs und große Sorge vor einer Niederlage im gesamten Krieg breit. Der Traum von einem erfolgreichen „Blitzkrieg“ gegen die Sowjetunion war geplatzt. Die Möglichkeit, daß sich die Katastrophe des napoleonischen Rußlandfeldzugs an der Wehrmacht wiederholen könnte, war kaum mehr von der Hand zu weisen. Nicht zufällig fand nach der Erinnerung Hardenbergs in diesen Wochen ein erstes Gespräch mit Tresckow über die Option aktiven Handelns ausgerechnet „an den Ufern der Beresina“ statt, also an „jener Stelle, wo noch die Pfeiler herausragten von der

<sup>62</sup> Vgl. Ernst Klink, Die Operationsführung: Heer und Kriegsmarine, in: DRZW, Bd. 4, S. 451–652, hier S. 489–496 u. S. 503–507; Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn u. a. 1991, S. 278–284.

<sup>63</sup> Vgl. vor allem Bock, Kriegstagebuch, S. 254–258 (22.–25. 8. 1941). Für Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a. M. 1965, S. 537, Anm. 3, waren die Monate August und September 1941 selbst für Hitler „die Zeit kritischer Zweifel, ob das gesteckte Ziel in dem angesetzten Zeitraum zu erreichen sei“.

<sup>64</sup> Gersdorff, Soldat, S. 96.

Brücke, die einst den Untergang der stolzen französischen Armee im Jahre 1812 gesehen hatte“<sup>65</sup>.

Die Kenntnis der Massenverbrechen durch den SS- und Polizeiapparat scheint dagegen in diesen Wochen weniger zur Opposition oder gar zum Handeln gegen Hitler gedrängt zu haben. Dafür gibt es weitere Indizien. Eine der wenigen authentischen Quellen aus dem Widerstand zu diesem frühen Zeitpunkt ist das Tagebuch Ulrich v. Hassells. Am 4. Oktober 1941 notierte der Botschafter a.D. und Regimegegner<sup>66</sup>: „Vor einigen Tagen erschien ein Reserveleutnant Sch[labrendorff], sonst Rechtsanwalt, der von seinen Auftraggebern geschickt war, um herauszufinden, ob es in der Heimat brauchbare Kristallisationspunkte gebe, und der diesen versichern sollte, ‚man‘ sei dort zu allem bereit.“ Tresckow hatte demnach seinen Ordonnanzoffizier Schlabrendorff Ende September – unmittelbar vor dem am 2. Oktober 1941 einsetzenden letzten Versuch der Heeresgruppe Mitte, Moskau doch noch vor Einbruch des Winters zu erreichen („Unternehmen Taifun“) – nach Berlin entsandt, um Kontakt zu den dortigen Widerstandskreisen aufzunehmen. Nach den Aufzeichnungen Hassells kamen aber nicht die Judenmorde oder andere Verbrechen im Osten zur Sprache, sondern „die Frage, ob Garantie bestände, daß England nach einer Systemänderung alsbald Frieden machen würde“. Die Oppositionellen in der Heeresgruppe Mitte waren offenbar von der Einsicht bewegt, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion nicht oder zumindest nicht so bald zu gewinnen sei und sich das Deutsche Reich in einem längeren Krieg an mehreren Fronten endgültig zu übernehmen drohe. Daher hofften sie auf Frieden, wenigstens mit Großbritannien, wollten aber zunächst den Angriff auf Moskau abwarten, auch wenn sie sich von ihm zu diesem späten Termin keine kriegsentscheidende Wirkung mehr versprochen – die Zeit für den geplanten „Blitzfeldzug“ war abgelaufen<sup>67</sup>. Ein letzter eindrucksvoller Erfolg der Wehrmacht gegen die Rote Armee im Jahr 1941 schien immerhin die britische Bereitschaft zu Friedensverhandlungen erhöhen zu können. Neben diesen militärstrategischen und politischen Erwägungen lassen sich humanitäre und ethische Gründe noch nicht feststellen<sup>68</sup>. Es ist zwar nicht auszuschließen, daß auch

<sup>65</sup> Horst Mühleisen, *Patrioten im Widerstand. Carl-Hans Graf von Hardenbergs Erlebnisbericht*, in: VfZ 41 (1993), S. 419–477, hier S. 449.

<sup>66</sup> Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 278 (4. 10. 1941). Vgl. auch Schlabrendorff, *Offiziere*, S. 79–82.

<sup>67</sup> Hassell-Tagebücher, S. 278: „Wir kamen überein, daß seine Auftraggeber nach erreichtem vorläufigem Abschluß der Angriffsoperationen in Rußland einen geeigneten ‚höheren‘ Mann zur weiterer Erörterung herschicken sollten. Der ganze Vorfall ist erfreulich, weil zum ersten Male eine Art Initiative von dort her vorzuliegen scheint.“

<sup>68</sup> Vgl. dagegen etwa Karl Otmar von Aretin, Henning von Tresckow und der militärische Widerstand, in: Henning von Tresckow, *Ich bin der ich war. Texte und Dokumente*, hrsg. von Sigrud Grabner und Hendrik Röder, Berlin 2001, S. 119–134, hier S. 126: „Zu diesem Zeitpunkt eilte das Heer von Sieg zu Sieg. Um im September 1941 Verbindung mit anderen Widerstandsgruppen in Berlin zu suchen, gab es keinen anderen Anlaß als die Nachrichten über die Judenmorde durch die Einsatzgruppe B.“ Diese Darstellung erkennt, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion – anders als der im Westen ein Jahr zuvor – völlig einseitig als „Blitzkrieg“ angelegt

solche Motive bereits eine gewisse Rolle spielten. Sie waren aber zu diesem Zeitpunkt offensichtlich noch nicht ausschlaggebend.

Daß Hassell in seinem Tagebuch Äußerungen Schlabrendorffs über NS-Verbrechen unterdrückte, ist wenig wahrscheinlich, zumal er einen Monat später, am 1. November, als neue Erkenntnis sofort notierte<sup>69</sup>: „Angewidertheit aller anständigen Menschen über die schamlosen [Maßnahmen], im Osten gegen Juden und Gefangene, in Berlin und anderen Großstädten gegen harmlose, angesehene Juden.“ Jetzt war der Judenmord also zum Thema geworden – in Berlin und an der Ostfront, von wo die schrecklichen Nachrichten kamen. Was war inzwischen geschehen? Der Übergang von der immer hemmungsloseren Mordtätigkeit der Einsatzgruppen und anderer SS- und Polizeiverbände zur systematischen Ermordung *aller* Juden in der Sowjetunion, der sich wie erwähnt gerade in jenen ein- einhalb Monaten von etwa Mitte August bis Ende September/Anfang Oktober 1941 vollzog, in denen sich die letzten Illusionen über einen schnellen Erfolg im Osten verflüchtigten, blieb der Wehrmacht und ihren Kommandobehörden natürlich nicht verborgen. Auf einem Lehrgang zur Partisanenbekämpfung vom 24. bis 26. September in Mogilew, der vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, General Max v. Schenckendorff, ausgerichtet wurde, hielten die drei wichtigsten SS-Offiziere im Bereich dieser Heeresgruppe Vorträge – außer Einsatzgruppenchef Nebe auch Gruppenführer Erich v.d. Bach-Zelewski (Höherer SS- und Polizeiführer) und Standartenführer Hermann Fegelein (Befehlshaber der 1. SS-Kavalleriebrigade)<sup>70</sup>. Eine wesentliche „Erkenntnis“ dieses „Erfahrungsaustausches“ zwischen SS und Wehrmacht war, daß Juden und Partisanen nahezu identisch seien<sup>71</sup>. Am zweiten Tag der Schulung wurde eine grausame „Lehrübung“ abgehalten. Vor den Augen der Teilnehmer „überprüfen“ Angehörige des Einsatzkommandos 8 und des Polizeibataillons 322 ein nahegelegenes Dorf und erschossen neben einigen anderen „Verdächtigen“ etwa

---

war. Die entsprechenden Planungen, an denen Tresckow als Ia der zentralen Heeresgruppe maßgeblich beteiligt war, mußten im September 1941 als endgültig gescheitert angesehen werden. In der Operation „Taifun“ ging es vor allem darum, vor Winterbeginn noch eine günstige Ausgangsbasis für das Frühjahr 1942 zu erreichen. Tresckow kannte die begrenzten Mittel der deutschen Kriegführung genauso gut wie den bereits überstrapazierten Zustand des Ostheeres. Nachdem die „Blitzkrieg“-Illusionen zerstoßen waren, wurde der Ostkrieg von vielen Offizieren als langwieriges Vabanquespiel erkannt, das die Existenz des Deutschen Reiches bedrohte – erst recht, wenn es nicht gelang, durch einen Friedensschluß mit England wenigstens den Zweifrontenkrieg zu beenden, um sich ganz auf den „Existenzkampf“ gegen den sowjetischen Erzfeind konzentrieren zu können. Dies war der Hintergrund der Schlabrendorff-Mission.

<sup>69</sup> Hassell-Tagebücher, S. 280 (1. 11. 1941): „Langsam zunehmende ‚Disposition‘ bei der militärischen Führung, diese ganze schandbare Schweinerei nicht mehr mitzumachen.“

<sup>70</sup> Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 248; Jürgen Förster, Die Sicherung des „Lebensraumes“, in: DRZW, Bd. 4, S. 1030–1078, hier S. 1043 f.; Gerlach, Morde, S. 643 f. Dort auch die entsprechenden Nachweise.

<sup>71</sup> Fegelein etwa führte aus: „Man kann vielleicht über die Maßnahmen verhandeln, wie der Jude am zweckmäßigsten aus den uns anvertrauten Gebieten verschwinden soll, aber daß er beseitigt werden muß, steht fest, denn der Jude ist der Partisane.“ Zit. nach ebenda, S. 644, Anm. 775.

dreißig jüdische Frauen und Männer. Auch ein Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Mitte, der Ib Major v. Gericke, war bei dieser Demonstration anwesend.

Das aber war nur der Anfang. Die Einsatzgruppe B begann mit der totalen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung am 2./3. Oktober 1941, als das Einsatzkommando 8 gemeinsam mit einem Polizeibataillon 2273 jüdische Männer, Frauen und Kinder in Mogilew erschöß<sup>72</sup>. In den kommenden Wochen folgten weitere „Liquidierungen“ der großen Ghettos. Das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte wurde offenbar über diese Mordaktionen in seinem Befehlsbereich nicht mehr genau unterrichtet und war außerdem ganz mit der Großoffensive auf Moskau beschäftigt. Erst das Massaker in Borissow vom 20./21. Oktober 1941 erregte seine Aufmerksamkeit. Dort – in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Hauptquartier der Heeresgruppe – ermordete ein Trupp der Sicherheitspolizei und des SD aus Minsk gemeinsam mit weißrussischer Miliz über 7000 Juden jeglichen Alters und Geschlechts auf grausame Weise<sup>73</sup>. Dieses Gemetzel wurde dem Heeresgruppenkommando wohl von mehreren Augenzeugen gemeldet und machte dort, nach den Erinnerungen Gersdorffs und Schlabrendorffs, den „nachhaltigsten Eindruck“, ja beseitigte „die letzten Hemmungen im Kampf gegen Hitler und sein Regime“<sup>74</sup>. Auch wenn diese Interpretation übertrieben sein mag<sup>75</sup>, dürfte doch außer Frage stehen, daß diese – und wohl erst diese – Massenerschießung auf eindeutige Ablehnung bei den Offizieren des Heeresgruppenkommandos stieß. Gersdorff ließ den besonders eindrucksvollen Bericht des Oberwachtmeisters Soennecken, eines Dolmetschers im Oberkommando, der zufällig die Ereignisse in Borissow beobachtet hatte, vervielfältigen und bat den Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets um Überprüfung des Vorgangs<sup>76</sup>. General v. Schenckendorff besprach die Angelegenheit mit Nebe. Der Chef der Einsatzgruppe B konnte sich von der Aktion in Borissow formal distanzieren, weil die SS-Täter offenbar nicht unter seinem Befehl standen und außerdem ihre Kompetenzen überschritten hatten<sup>77</sup>.

<sup>72</sup> Zum Übergang zur unterschiedslosen Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Bereich der Einsatzgruppe B vgl. Longerich, *Politik*, S. 369–376; Gerlach, *Einsatzgruppe B*, in: Klein (Hrsg.), *Einsatzgruppen*, S. 58–60; Gerlach, *Morde*, S. 555–655.

<sup>73</sup> Vgl. Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 576–580; Gerlach, *Morde*, S. 597–599.

<sup>74</sup> Gersdorff, *Soldat*, S. 99. Vgl. auch ebenda, S. 96–99; Schlabrendorff, *Offiziere*, S. 77 f.

<sup>75</sup> Zweifel an dieser Version äußern auch Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 604; Gerlach, *Männer*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 429 f.; Gerlach, *Morde*, S. 593 f. u. S. 598.

<sup>76</sup> Der Bericht des Oberwachtmeisters Soennecken, Dolmetscher beim Abwehrkommando B, vom 24. 10. 1941 wurde im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß verwendet und ist abgedruckt bei Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 576–578. Eine, im Wortlaut teilweise abweichende, Abschrift des Berichts mit der Abzeichnung Gersdorffs (in Kopie) findet sich in: BStU, RHE 61/73 SU, Bl. 8–11. Dort auch, in einer fehlerhaften Rückübersetzung der russischen Übertragung, ein Schreiben Schenckendorffs an die Heeresgruppe Mitte (Ic/AO), o. D., mit Bezug auf ein Schreiben des Heeresgruppenkommandos (Ic/AO, Nr. 279/41 geh.) vom 26. 10. 1941.

<sup>77</sup> Ebenda: „Aus Anlaß dieser Ereignisse fand eine Besprechung zwischen dem Befehlshaber und dem Bevollmächtigten des Chefs der Sipo und des SD, *General Nebe*, statt. Dabei wurde allgemein die Meinung geäußert, daß die Nichtübergabe der Polizeidienststelle von Borissow an den Stadtkommandanten durch Hauptsturmführer *Schönemann* bei seinem Weggang sowie

Gersdorff ließ die Dinge damit aber nicht auf sich beruhen, sondern gab auch den militärischen Zentralstellen vom Massaker in Borissow Kenntnis, nicht nur durch schriftliche Meldung, sondern auch in Gesprächen, etwa am 28. Oktober 1941 mit Oberst Erwin Lahousen aus dem Amt Ausland/Abwehr im OKW<sup>78</sup>. Im OKH wußten Ende des Monats selbst nachgeordnete Offiziere von dieser Untat, wie die Tagebuchnotizen von zwei Mitarbeitern Adolf Heusingers in der Operationsabteilung belegen<sup>79</sup>. Besonders die Bemerkung Soenneckens über das in Borissow umgehende Gerücht, „daß die nunmehr frei gewordenen Häuser der Juden für Juden aus Deutschland hergerichtet werden sollen, die dann ebenso liquidiert werden sollen, wie die Borissower Juden“<sup>80</sup>, wird eine alarmierende Wirkung gehabt haben. Gerade in diesen Wochen begannen die Deportationen der jüdischen Nachbarn in Berlin und anderen „reichsdeutschen“ Städten nach Osten. Die älteren und in hoher Stellung verantwortlichen Offiziere, die jetzt zuerst gefragt waren, reagierten aber defensiv, hilflos und resignativ auf die untrüglichen Anzeichen eines Völkermords in ihrem Befehlsbereich. Bock scheute erneut ein deutliches Signal, und sein Stabschef Greiffenberg sprach lediglich von einer „sehr unangenehme[n] Sache“<sup>81</sup>. Brauchitsch und Halder wollten sich ebenfalls nicht einmischen. Obwohl die „Planmäßigkeit des Mordens [...] schließlich für den Blindesten ersichtlich werden“ mußte<sup>82</sup>, blieben im OKH „Gespräche über dieses Thema verpönt“<sup>83</sup>. Dieses stillschweigende Achselzucken oder Wegschauen wollten manche jüngeren Offiziere nun nicht länger mittragen. Für sie war mit dem systematischen Mord an jüdischen Frauen und Kindern

auch die Tätigkeit des Operativkommandos Nr. 3-A aus Minsk in jeder Beziehung Tadel verdienen.“ Nach der Untersuchung Schenckendorffs hatte der Leiter des genannten Sipo-Kommandos in Minsk, Obersturmführer Schlegel, den Befehl zur Liquidierung des Ghettos in Borissow gegeben.

<sup>78</sup> Vgl. die Notizen Lahousens über einen Besuch beim Heeresgruppenkommando Mitte in Smolensk am 28. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3146: „Bei der Besprechung mit dem Ic [Gersdorff] werden die Judenerschiessungen von Borissow vorgebracht [...]. Dort wurden 7000 Juden auf ‚Oelsardinenmanier‘ liquidiert. Die Szenen, sie sich hierbei abspielten, sind nicht wiederzugeben. Auch der SD kann vielfach nicht mehr mit und hält sich nur durch stärksten Alkoholgenuss aufrecht.“

<sup>79</sup> Tagebuch von Hauptmann d. R. Georg-Heino Frhr. v. Münchhausen, dem Ordonnanzoffizier Heusingers, 13.–31. 10. 1941, zitiert in: Georg Meyer, Adolf Heusinger: Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Hamburg/Berlin/Bonn 2001, S. 220 f. Tagebuch von Hauptmann i. G. Karl-Wilhelm Thilo, 2. 11. 1941, in: BA-MA, N 664/3: „Vor kurzem wurden in Borissow (HGR Mitte) auf Veranlassung des SD und unter dessen Leitung im Anschluß an ein ‚Polizeifest‘ 6.500 Juden innerhalb von 2 Tagen hingeschlachtet. Die Durchführung war viehisch. – Die grundsätzliche Entschlussfassung maßgeblicher Männer zu dieser Handhabung des Judenproblems ist mir unerklärlich und unterscheidet unsere ‚Zivilisation‘ kaum von Stalinschen Methoden. Als vernünftiger Ausweg böte sich eine Austreibung der Juden über die Kampffront nach Osten an.“ Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich Dr. Jürgen Förster, Freiburg i. Br.

<sup>80</sup> Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 578.

<sup>81</sup> Tagebuch Münchhausens, 13.–31. 10. 1941, zit. nach Meyer, Heusinger, S. 221.

<sup>82</sup> Ferdinand Prinz v. d. Leyen, Rückblick zum Mauerwald. Vier Kriegsjahre im OKH (1941–1945), München 1965, S. 63.

<sup>83</sup> Zeugenaussage Hasso v. Etdorfs, des Vertreters des Auswärtigen Amtes im OKH, 9. 6. 1948, zit. nach Hartmann, Halder, S. 252. Vgl. auch ebenda, S. 252 f.

die Grenze endgültig überschritten. Das Massaker von Borissow scheint hier wie ein Fanal gewirkt zu haben, das diese Offiziere aufschreckte und ihr in einem stark radikalisierten und ideologisierten Krieg abgestumpftes Gewissen aufrüttelte. Die Wirkung wurde vermutlich noch dadurch verstärkt, daß zur selben Zeit die große „Taifun“-Offensive auf Moskau im Schlamm versackte und ein günstiger Ausgang des Krieges wieder in weite Ferne gerückt schien.

Wie sehr sich die Einstellung mancher Offiziere, vor allem auch im Heeresgruppenkommando Mitte, zu den Morden der SS und Polizei nun wandelte, zeigt nicht zuletzt der bekannte Bericht Gersdorffs über eine Frontreise Anfang Dezember 1941, den er in das Kriegstagebuch der Heeresgruppe aufnehmen ließ<sup>84</sup>: „Bei allen längeren Gesprächen mit Offizieren wurde ich, ohne darauf hingedeutet zu haben, nach den Judenerschießungen gefragt. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Erschießungen der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierkorps abgelehnt wird [...]. Es ist hierzu festzustellen, daß die vorhandenen Tatsachen in vollem Umfang bekannt geworden sind und daß im Offizierkorps der Front weit mehr darüber gesprochen wird, als anzunehmen war.“ Gersdorff beschrieb damit zweifellos auch seine eigene Erschütterung. Was bewirkte diese neue Einstellung zu den NS-Verbrechen? Die moralische Entrüstung war verständlich, kam aber recht spät. Schon das, was das Heeresgruppenkommando im Sommer 1941 erfuhr, ging über jede politisch und militärisch sinnvolle „Gegnerbekämpfung“ hinaus, war nichts anderes als Massenmord. Die hier abgedruckten Dokumente zeigen das sehr deutlich, besonders das erste von ihnen. Psychologisch ist es verständlich, wenn sich Gersdorff und Schlabrendorff später an diese frühe Kenntnis von Verbrechen nicht mehr erinnern wollten und statt dessen das Massaker von Borissow als dramatischen Einschnitt ansetzten, um ihre moralische Indifferenz in den Sommermonaten zu verdrängen. Das schlechte Gedächtnis war bestimmt auch Ausdruck des schlechten Gewissens, erst durch den Übergang zum systematischen Völkermord aufgeschreckt worden zu sein.

Tatsächlich wird man wohl – nach allem, was man weiß – bei den Hitlergegnern der Heeresgruppe Mitte von einem verzögerten Einsetzen der Moral ausgehen müssen<sup>85</sup>. Der nationalkonservative Antikommunismus gehörte selbstverständlich zur Grundausrüstung des deutschen Offizierkorps und bewegte im Sommer 1941 auch Tresckow, Gersdorff und ihre Vertrauten. Daneben war ein rassistisches Überlegenheitsgefühl gegenüber „dem“ Osten und seiner Bewohner genauso verbreitet wie eine antisemitische Haltung besonders gegen nicht assimilierte „östliche“ Juden<sup>86</sup>. Diese ideologischen Vorbehalte verbanden sich in den

<sup>84</sup> Bericht Gersdorffs über eine Frontreise vom 5.–8. 12. 1941, als Anlage des Kriegstagebuchs der Heeresgruppe Mitte vom 9. 12. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 397 f., hier S. 398.

<sup>85</sup> Gerlach, Morde, S. 1125, spricht sogar von einer „selektiven Moral“.

<sup>86</sup> Vgl. für andere maßgebliche Offiziere des Ostheeres Peter Steinkamp, Die Haltung der Hitlergegner Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb und Generaloberst Erich Hoepner zur verbrecherischen Kriegführung bei der Heeresgruppe Nord in der Sowjetunion 1941, in: Ueber-

ersten Monaten des „Unternehmen Barbarossa“ unheilvoll und wandten sich gegen große Teile der „feindlichen“ Zivilbevölkerung. Vor allem aber wollten die Offiziere schnell und mit allen Mitteln diesen höchst riskanten Feldzug durchschlagen und gewinnen. Das militärische Denken besaß zunächst absolute Priorität. Es deutet nichts darauf hin, daß der konservative Kreis von späteren Verschwörern im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte in dieser Hinsicht eine Ausnahme gemacht hätte. Moralische Bedenken gegen die verbrecherischen Polizeiaktionen hinter der Front wurden offensichtlich bewußt für einige Zeit zurückgestellt. Die „Sicherungsarbeit“ des SS- und Polizeiapparats gegen den jüdischen Bevölkerungsteil akzeptierten die Kommandobehörden des Ostheeres zumindest so lange, wie sie sich vor allem gegen „jüdisch-bolschewistische“ Funktionäre, „Freischärler“ und „Saboteure“ sowie gegen die als gefährlich eingestufte „jüdische Intelligenz“ richtete. Das massenhafte und immer willkürlichere Erschießen von wehrfähigen jüdischen Männern wird Unbehagen ausgelöst haben. Doch auch dagegen rührte sich noch kein eindeutiger Protest. Erst als die SS- und Polizeikräfte dazu übergingen, immer häufiger auch Frauen und Kinder, schließlich sogar systematisch *alle* sowjetischen Juden umzubringen, waren viele Offiziere im Osten, besonders in den höheren Stäben, die oft als erste von den Massakern erfuhren, über diese neue Dimension des Judenmords erschreckt. Erst jetzt änderte sich ihre vorher indifferente oder gar billigende Haltung zur Ablehnung der antijüdischen Aktionen – zumal sich zur selben Zeit auch die Judenverfolgung in der deutschen Heimat deutlich verschärfte.

Daß sich nun wie bei Gersdorff und offenbar überhaupt im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte Widerspruch gegen die Mordpolitik in der Sowjetunion regte, war allerdings keineswegs die Regel. In manchen Oberkommandos gab es ganz andere Reaktionen, wie das Beispiel der Armeen der Heeresgruppe Süd zeigt, wo der Übergang vom selektiven Massenmord zur totalen Ausrottung bereits Ende August 1941 einsetzte. Der berüchtigte Befehl Generalfeldmarschall Walter v. Reichenaus (6. Armee) über das „Verhalten der Truppe im Ostraum“ vom 10. Oktober 1941 warb um „volles Verständnis“ für „die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum“<sup>87</sup> und wollte damit ganz offensichtlich der Kritik am Sprung zum systematischen Judenmord entgegen. Auch die sich anschließenden Befehle Generaloberst Hermann Hoths (17. Armee) vom 17. November 1941 und General Erich v. Mansteins (11. Armee) vom 20. November 1941 zielten höchstwahrscheinlich in diese Richtung<sup>88</sup>. Das Oberkommando der 17. Armee hatte seine Truppen bereits am 7. September 1941 darauf hingewiesen<sup>89</sup>: „Im Interesse der Sicherheit der deutschen Wehrmacht darf vor Härten gegenüber der Zivilbevölkerung nicht zurückgeschreckt werden.“ Als „verdächtig“ wurden in diesem Zusammenhang u. a. nachdrücklich genannt: „Juden beiderlei Ge-

schar (Hrsg.), NS-Verbrechen, S. 47–61; Christian Streit, Angehörige des militärischen Widerstands und der Genozid an den Juden im Südabschnitt der Ostfront, in: Ebenda, S. 90–103.

<sup>87</sup> Abgedruckt in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339 f.

<sup>88</sup> Vgl. ebenda, S. 341–344.

<sup>89</sup> Befehl des AOK 17 (Ic/AO) „Überwachung des Zivilverkehrs“, in: BA-MA, RH 20-17/276.

*schlechts und jeden Alters.*“ Oberbefehlshaber der 17. Armee war zu diesem Zeitpunkt General Carl-Heinrich v. Stülpnagel, auch er später Widerständler des 20. Juli. Kurz zuvor hatten SS- und Polizeikräfte unter Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Rußland-Süd, Obergruppenführer Friedrich Jeckeln, in Kamenez-Podolsk – also im Operationsgebiet der Heeresgruppe Süd, der die 17. Armee unterstellt war – in den wenigen Tagen vom 28. bis 31. August 1941 unterschiedslos 23.600 Juden „beiderlei Geschlechts und jeden Alters“ ermordet – in Absprache mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Süd und mit Kenntnis des Heeresgruppenkommandos Süd<sup>90</sup>.

Vor diesem Hintergrund müssen die – an sich recht späte, im Vergleich aber noch ungewöhnlich frühe – Besinnung auf ethische Werte und die Wende zur Empörung über das Treiben der SS- und Polizeikräfte im Kreis um Tresckow hervorgehoben werden. Die neue Dimension nationalsozialistischer Mordpolitik, der systematische Völkermord an den Juden in der besetzten Sowjetunion, trat bei der Heeresgruppe Mitte im Herbst 1941 offen zutage. Zugleich verfestigte sich die Vorstellung, daß der Feldzug im Osten, ja der Krieg überhaupt durchaus auch verloren gehen könne und die immer größeren Massenverbrechen dann als schwere Hypothek auf dem Schuldkonto der Verlierer, also der Deutschen, lasten würden. Die militärischen und außenpolitischen Bedenken gegen den Kurs Hitlers, die schon früher immer wieder aufgetaucht waren und nach dem Scheitern des Blitzkriegsplans gegen die Sowjetunion im Spätsommer 1941 wieder deutlicher hervortraten, verbanden sich bei den Offizieren der militärischen Opposition mit einer Wiederkehr des moralischen Bewußtseins angesichts der schrecklichen Erkenntnis, daß die Mordtruppe Himmlers und Heydrichs im Operationsgebiet des Ostheeres die gesamte jüdische Bevölkerung zu ermorden begannen. Die Exekution von vielen tausend jüdischen Männern im Sommer 1941, über die das Heeresgruppenkommando Mitte – wie andere Oberkommandos auch<sup>91</sup> – von vornherein gut informiert war, hatte diese Wirkung noch nicht hervorgerufen. Zweifellos machten die späteren Widerständler bei der Heeresgruppe Mitte in dem hier behandelten Zeitraum vom Frühsommer bis zum Herbst 1941 einen „Lernprozeß“<sup>92</sup> durch, der auch dann noch nicht beendet war. Als es über die wahre Dimension der NS-Verbrechen keine Zweifel mehr geben konnte, fand der Entschluß zum aktiven Widerstand eine stärkere ethische Fundierung, während vorher die rationalen Erwägungen über die Kriegslage wohl eindeutig im Vordergrund standen. Die Größe, die eigene Einstellung zu ändern und daraus mutig die Konsequenzen zu ziehen, bleibt aber unbestritten und erhebt diese jüngeren Offiziere über die meisten ihrer älteren Vorgesetzten.

<sup>90</sup> Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozeß. Das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10 (2001), S. 239–264.

<sup>91</sup> Vgl. etwa den – im Original verschollenen – Aktenband über die Zusammenarbeit zwischen dem Armeekommando 11 und der Einsatzgruppe D, in: BA-MA, RH 20-11/488, bzw. IfZ-Archiv, Fb 112.

<sup>92</sup> Hans Mommsen, Die Stellung der Militäropposition im Rahmen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler, in: Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen, S. 119–134, hier S. 129.

Oberstleutnant i.G. Hellmuth Stieff, ebenfalls Ia-Offizier in einem Oberkommando des Ostheeres und auch er später ein Mann des 20. Juli, schrieb am 10. Januar 1942 auf dem Höhepunkt der Winterkrise vor Moskau<sup>93</sup>: „Wir alle haben so viele Schuld auf uns geladen – denn wir sind ja *mitverantwortlich*, daß ich in diesem einbrechenden Strafgericht nur eine gerechte Sühne für alle die Schandtaten sehe, die wir Deutschen in den letzten Jahren begangen bzw. geduldet haben. [...] Ich bin dieses Schreckens ohne Ende müde.“

## Dokumente

### Dokument 1

Polizeilicher Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für das Heeresgruppenkommando Mitte für die Zeit von ca. 9. bis 16. Juli 1941

BStU, Zentralarchiv, RHE 4/85 SU, Bd. 7, Bl. 172-175. Fotokopie der behändigten Ausfertigung. Vermerk von unbekannter Hand am Kopf: „Streng vertraulich. H[auptm[ann] Henrici<sup>94</sup> zur persönlichen Information“. Verteiler Gersdorffs: „O.B., Chef, Ia, Ib“. Paraphen am Kopf: Oberbefehlshaber Generalfeldmarschall Fedor v. Bock o.D., Chef des Generalstabs Generalmajor Hans v. Greiffenberg 20.7., Ia Oberstleutnant i.G. Henning v. Tresckow 20.7., Ib Major i.G. Günther v. Gericke 22.7., Ic/AO Major i.G. Rudolf-Christoph v. Gersdorff o.D. Laufende Randvermerke Gersdorffs über die Zahl der Liquidierten, mit Gesamtzahl am

<sup>93</sup> Stieff an seine Frau, 10. 1. 1942, in: Hellmuth Stieff, Briefe, hrsg. und eingel. von Horst Mühleisen, Berlin 1991, S. 150. Stieff war von September 1941 bis Oktober 1942 1. Generalstabsoffizier im Oberkommando der 4. Armee. Zusätzliche Hinweise auf das Denken mancher Offiziere in diesen Monaten geben auch folgende Auszüge aus Stieffs Briefen. Ebenda, S. 134 (11. 11. 1941): „Ich bin zwar auch der Überzeugung, daß die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus kommen mußte und zwar bald. Wenn man ihn aber richtig einschätzte und sich nicht von der eigenen Propaganda und Überheblichkeit betrunken machte, dann mußte man schon vor 1 ½ Jahren vom hohen Roß runter und unter Preisgabe der überspannten Forderungen im Westen mit England auf alle Fälle Frieden schließen. Jetzt kommen wir zu einem jahrelangen Krieg mit unserer restlosen Auszehrung, wobei der Ausgang keineswegs sicher ist.“ Ebenda, S. 138 (24. 11. 1941): „Ich tue meine *Pflicht* ohne jede Passion! Denn wenn man *die letztere* auch noch dabei empfindet, ist man kein Mensch mehr, sondern ein Stück Vieh! Ich fühle mich gezwungenermaßen, keineswegs freiwillig oder gar freudig, als Werkzeug eines despotischen Vernichtungswillens, der alle Regeln der Menschlichkeit und des einfachsten Anstandes außer acht läßt [...]“ Ebenda, S. 140 (7. 12. 1941): „Hier kommt es *nicht* darauf an, an eine eingeständenermaßen vorhandene Weichheit von mir zu appellieren; *die ist längst* verschwunden! Ich gebe heute *besinnungslos* den Befehl zum Erschießen von soundsoviel Politruks oder Partisanen, er oder ich – das ist verdammt einfach. [...] *Uns* ist *jeder* Kreuzzug vollkommen schnuppe, wir kämpfen hier um unser eigenes nacktes Leben, täglich und stündlich, gegen einen auf *allen* Gebieten auf der Erde und in der Luft vielfach überlegenen Gegner.“

<sup>94</sup> Hauptmann Dietrich Henrici war als Abwehroffizier III und Mitarbeiter Gersdorffs in der Gruppe Ic/AO vor allem für die Abwehr feindlicher Spionage, Sabotage und Zersetzung sowie für den Einsatz der Geheimen Feldpolizei zuständig.

*Ende des Dokuments: 1330. – Zwei Paraphen von unbekannter Hand vom 18.7. am Ende des Dokuments.*

#### Abt. III (Polizeiliche Angelegenheiten)

Nach weiteren Berichten aus *Bialystok* ist es wegen des starken Übergewichts der jüdischen Bevölkerung und wegen der Stumpfheit der Weißrussen nahezu unmöglich, Progrome [!] gegen die Juden zu veranlassen<sup>95</sup>. Die dort befindlichen Unterstützungstrupps stellen jedoch ihre Arbeit auf die Provozierung derartiger Progrome [!] ein, um dadurch eine Entlastung auf dem eigenen Arbeitsgebiet herbeizuführen. Durch Ansetzen von V-Männern und infolge enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und der GFP [Geheimen Feldpolizei] konnten in *Bialystok* weitere 37 Personen festgenommen und auf Grund des gegen sie erstellten Beweismaterials liquidiert werden<sup>96</sup>. Es handelte sich um:

- 4 politische Kommissare der Roten Armee,
- 7 Russen wegen kommunistischer Agitation und begründeten Verdachts der feindseligen Betätigung im Rücken der deutschen Truppen,
- 3 Weißrussen (KP-Mitglieder) wegen kommunistischer Betätigung,
- 8 Polen wegen kommunistischer Betätigung und Plündern,
- 12 Juden wegen kommunistischer Betätigung, deutschfeindlichen Verhaltens und Plündern,
- 3 Polen – entsprungene Häftlinge – wegen Plündern.

Neben diesen Liquidierten erfolgten weitere 15 Exekutionen aus gleichgelagerten Gründen. Die Kennzeichnung der Juden ist in dem Gebiet von *Bialystok* nun-

<sup>95</sup> Heydrich hatte am 29. 6. 1941 die Einsatzgruppenchefs an seine „bereits am 17.VI. in Berlin gemachten mündlichen Ausführungen“ erinnert: „Den Selbstreinigungsbestrebungen antikomunistischer oder antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten ist kein Hindernis zu bereiten. Sie sind im Gegenteil, allerdings spurenlos auszulösen, zu intensivieren wenn erforderlich und in die richtigen Bahnen zu lenken, ohne daß sich diese örtlichen ‚Selbstschutzkreise‘ später auf Anordnungen oder auf gegebene politische Zusicherungen berufen können. [...] Die Bildung ständiger Selbstschutzverbände mit zentraler Führung ist zunächst zu vermeiden; an ihrer Stelle sind zweckmäßig örtliche Volkspogrome, wie oben dargelegt, auszulösen.“ Fernschreiben Heydrichs an die Einsatzgruppenchefs Nebe, Ohlendorf, Rasch und Stahlecker, Berlin 29. 6. 1941, in: Klein (Hrsg.), *Einsatzgruppen*, S. 319. Anders als im Baltikum und in Ostgalizien (vgl. Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1997, S. 54–67) kam es in Weißrußland kaum zu Pogromen. Vgl. Gerlach, *Einsatzgruppe B*, in: Klein (Hrsg.), *Einsatzgruppen*, S. 56; ders., *Morde*, S. 536 f. Im ostpolnischen *Bialystok* lebten allerdings vor allem Polen – und im Raum *Bialystok* ereigneten sich polnische Pogrome gegen die Juden, vor allem in und um *Jedwabne*. Vgl. Pawel Machcewicz, *Wokół Jedwabnego* [In der Gegend von *Jedwabne*], in: *Wokół Jedwabnego*, hrsg. von Pawel Machcewicz und Krzysztof Persak, Bd. 1, Warschau 2002, S. 9–61.

<sup>96</sup> Bis etwa zum 9. 7. 1941 hatten Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei in *Bialystok* bereits zwischen 2000 und 5000 Juden ermordet. Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 542–544. Zu den Mordaktionen in Weißrußland im Juni und Juli 1941 insgesamt vgl. ebenda, S. 536–555; ferner Andrej Angrick u. a., „Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen“. Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941, in: Helge Grabitz u. a. (Hrsg.), *Die Normalität des Verbrechens. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag*, Berlin 1994, S. 325–385.

mehr restlos durchgeführt<sup>97</sup>. Der jüdischen Bevölkerung wurde eine Kontribution in Höhe von 1 Million Rubel, 5 kg Gold und 100 kg Silber auferlegt.

Aus Nowogrodek wird von dem dortigen Unterstützungstrupp gemeldet, daß in der Nacht zum 8. und 9. 7.41 irreguläres russisches Militär in Stärke von 60 bis 150 Mann den Ort passierte und sich in die ostwärts des Ortes gelegenen großen Waldungen begab, in denen sich noch starke russische Verbände aufhalten, die von Offizieren und roten Kommissaren geführt werden. Ein durch Nowogrodek ziehendes Kommando der Wehrmacht und ebenso die Feldkommandantur erhielten umgehend von dem Unterstützungstrupp die erforderlichen Mitteilungen, um gegen diese Partisanengruppe vorgehen zu können.

Nach einer Meldung des z. Zt. in Wilna befindlichen E.K. [Einsatzkommando 9] fand auf das Dienstgebäude der Polizei in der Nacht vom 12. auf 13. 7. ein Feuerüberfall statt, durch den jedoch niemand verletzt wurde. Als Vergeltungsmaßnahme wurden 408 Juden festgenommen und nach Beschlagnahme ihres Vermögens erschossen<sup>98</sup>. Am 15. 7. wurde in Zusammenarbeit mit dem litauischen Ordnungsdienst eine gleiche Maßnahme gegen weitere 219 Juden durchgeführt. 202 vom litauischen Selbstschutz vor dem Einrücken der deutschen Truppen festgenommene Personen wurden dem Einsatzkommando überstellt, das sie z. Zt. überprüft. 7 Kommunisten, die bereits vorher von den litauischen Gerichten wegen kommunistischer Agitation zum Tode verurteilt worden waren, wurden nach Übergabe an das E. K. liquidiert. Das gleiche geschah mit 6 von der GFP übergebenen russischen Gefangenen, die als bolschewistische Propaganda- und Schulungsleiter festgestellt werden konnten. In Podreczie, 24 km nördlich von Wilna, hatten Überfälle von Soldaten und Juden stattgefunden. Durch einen vom E. K. abgestellten Trupp wurden darauf am 14. 7. die um den genannten Ort liegenden Waldungen durchkämt. Es wurde ein verlassenes Lager von ca. 40 bis 60 Personen aufgefunden. Nach Aussagen von 3 im Verlauf dieser Aktion aufgegriffenen russischen Soldaten waren die Urheber des Überfalls in unbekannter Richtung abgezogen. Obgleich das Kommando oft beschossen worden ist, sind bisher keine Verluste eingetreten.

In Minsk wurden in der Zeit vom 14. bis 16. 7.41 349 Angehörige der jüdischen Intelligenz als Vergeltungsmaßnahme wegen der täglich von Juden in Minsk vorgenommenen Brandstiftungen liquidiert<sup>99</sup>. Weiter liquidiert wurden in der gleichen Zeit

<sup>97</sup> Zu den antijüdischen Verwaltungsmaßnahmen in Weißrußland, vor allem der Kennzeichnung, der Einführung von Judenräten sowie der Ghettobildung, bei denen die Wehrmacht, besonders die Ortskommandanturen, die führende Rolle spielte, vgl. Gerlach, *Morde*, S. 514–533.

<sup>98</sup> Zwischen dem 4. 7. und 20. 7. 1941 erschossen das Einsatzkommando 9 und litauische Hilfspolizei in Wilna 4000 bis 5000 jüdische Männer. Vgl. Yitzhak Arad, *Ghetto in Flames. The Struggle and the Destruction of the Jews of Vilna in the Holocaust*, Jerusalem 1980, S. 64–79; Longerich, *Politik*, S. 332 f.

<sup>99</sup> Neben Wilna bildete Minsk als zweite von der Heeresgruppe Mitte bereits in den ersten Kriegstagen eroberte Großstadt den „Schwerpunkt der Ermittlungs-, Selektions- und Tötungs-

Andrei *Kazlowski*,  
sowjetrussischer Gemeindevorsteher in Zazelka, der überführt wurde, Angehörige  
seiner Gemeinde nach Sibirien verschickt und sich deren Vermögen angeeignet  
zu haben. K. war Mitglied der K.P.; ferner die politischen Kommissare

Sawarow *Formas* und

Koslow *Lew*.

Auf dem Gute Lachaza, Kreis Minsk, konnten der stellv. Güterdirektor Ilja  
*Hawrylozyk* (Weißrusse) und der jüdische Tierarzt Chaja *Süßkind* auf Grund von  
Angaben der Gutsangehörigen und eigener Geständnisse überführt werden, daß  
sie nach Abrücken der russischen Truppen sich 6 Gewehre beschafften und ver-  
suchten, eine Gruppe Heckenschützen zu organisieren. Das Unternehmen miß-  
lang jedoch. H. und S. wurden gleichfalls am 16. 7. liquidiert.

Der sich noch im Minsker Zivilgefangenenlager befindliche Rest von 2500 Juden  
wird laufend weiter aussortiert<sup>100</sup>. Jüdische Intelligenz ist nicht mehr darunter,  
jedoch ist es gelungen, durch jüdische V-Personen ungefähr 100 jüdische Mitglie-  
der der K.P., Spitzel usw. festzustellen, die heute exekutiert werden. Soweit die  
noch im Lager vorhandenen Juden nicht unbedingt zu dringenden wirtschaftli-  
chen Arbeiten benötigt werden, erfolgt weiter eine laufende Liquidierung.

Nach Berichten des in Baranowicz liegenden E.K. [8] sind die sicherheitspoli-  
zeilichen Maßnahmen durch die eingesetzten V-Männer erheblich gefördert wor-  
den. Die Fahndungen und Erhebungen leiden aber noch unter dem gänzlichen  
oder teilweisen Fehlen der Melderegister. Die Aufstellung von Einwohnermeldeli-  
sten ist bereits angeordnet worden. Hemmend wirkt sich bei der Personenfah-  
ndung noch die Ansicht der Bevölkerung aus, daß die z. Zt. von der deutschen  
Wehrmacht besetzten Orte wieder von den Sowjets zurückerobert werden könn-  
ten. Die Bevölkerung wird jedoch durch öffentliche Anschläge zur Mitarbeit auf-  
gefordert und ihre Furcht vor der Rückkehr der Sowjets durch entsprechende

---

aktivitäten der Einsatzgruppe B" im Juli 1941 (Gerlach, *Morde*, S. 549). Die meisten Opfer  
kamen aus dem Zivilgefangenenlager (siehe nächste Anm.).

<sup>100</sup> Zur Tätigkeit der Einsatzgruppe B in Minsk, wo sich Nebe seit 5. 7. 1941 persönlich aufhielt  
und einen großen Teil seiner Männer konzentriert hatte, im Juli 1941 vgl. Gerlach, *Einsatz-*  
*gruppe B*, in: Klein (Hrsg.), *Einsatzgruppen*, S. 54–56; ders., *Morde*, S. 506–510 u. S. 549 f. Der  
örtliche Befehlshaber der Wehrmacht ließ Ende Juni 1941 alle Männer im wehrfähigen Alter  
(etwa zwischen 18 und 50 Jahren) in einem großen Zivilgefangenenlager internieren. Wohl  
am 7. oder 8. 7. 1941 erhielten die Einsatzgruppe und die Geheime Feldpolizei, vermutlich  
vom verantwortlichen Armeeoberbefehlshaber, Generalfeldmarschall Hans v. Kluge, den Auf-  
trag, die Insassen zu überprüfen. Nebe berichtete von den Aussonderungen und Erschießun-  
gen zuerst in der „Ereignismeldung UdSSR“ Nr. 21 vom 13. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1:  
„Zur Entlassung gelangten bisher nur Personen, die sich einwandfrei ausweisen konnten und  
die weder politisch noch kriminell belastet sind. Der im Lager verbliebene Rest wird einer sorg-  
fältigen Überprüfung unterzogen und jeweils nach Maßgabe des Ermittlungsergebnisses behan-  
delt werden. 1050 Juden wurden zunächst liquidiert. Weitere werden täglich laufend zur Exeku-  
tion gebracht. Hinsichtlich der noch im Lager verbliebenen Nichtjuden wurde mit der Liqui-  
dierung der Kriminellen, der Funktionäre, der Asiaten usw. begonnen.“ Die genaue Zahl der  
bis Anfang August 1941 täglich Ermordeten ist unbekannt. Nach dem Krieg wurden in einem  
Graben nahe Minsk etwa 10.000 Leichen gefunden. Vermutlich wurden allein im Juli 1941 an  
die 5000 Insassen des Lagers erschossen, überwiegend Juden.

Hinweise zu zerstreuen versucht. Die bereits einlaufenden Anzeigen beweisen, daß die Weißrussen sich langsam an der Fahndung nach den Funktionären beteiligen. In Baranowicz, Slonim, Lachowicz, Stolpce und in der Umgebung dieser Städte wurden Razzien durchgeführt und 400 Festnahmen vorgenommen. Es wurden vorerst nach Überprüfung 39 Personen in Slonim und 21 in Baranowicz liquidiert<sup>101</sup>. Es handelt sich vornehmlich um Angehörige der kommunistischen-jüdischen Intelligenz, sowie um Personen, die noch nach dem Rückzug der Sowjettruppen nachweislich versucht haben, mit den Sowjets in Verbindung zu bleiben, Spitzeldienste zu leisten und die Bevölkerung durch Wucher und Drohungen zu terrorisieren. Die Exekution dieser Personen wurde zur Abschreckung durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben. Der Rest der Festgenommenen wird z. Zt. noch überprüft. Im Zuge dieser Aktion wurde ein Pole exekutiert, der zwei Einwohner Slonims fälschlich der Unterstützung sowjetrussischer Truppen beschuldigt hatte. Ein vom E. K. eingerichteter ziviler Ordnungsdienst unterstützt unsere Maßnahmen. Die Bildung eines abgeschlossenen jüdischen Wohnbezirks in den genannten Orten wurde in die Wege geleitet. Der nach Stolpce abgeordnete Sondertrupp konnte feststellen, daß sich in den Wäldern nördlich dieser Ortschaft Partisanengruppen befinden. Die Wehrmacht wurde sofort unterrichtet.

In Grodno wurden von dem dortigen E. K. weitere 16 Juden festgenommen, die nachweislich während der Sowjetherrschaft für den NKWD gearbeitet haben und nach dem Einmarsch der deutschen Truppen die Bevölkerung zum Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht aufreizten. Sie wurden am 15. 7. 41 mit weiteren 7 Juden aus Indura (1 komm. Jugendfunktionär und 6 Angehörige einer Räuberbande) liquidiert. Der gleichen Verbrechen wird eine größere Anzahl anderer Juden aus Grodno beschuldigt. Ihre Überprüfung, Festnahme und Liquidierung erfolgt laufend<sup>102</sup>. Ferner konnte das E. K. 4 NKWD-Dienststellen ermitteln. In mehrfach versiegelten Briefen wurden Aufmarschpläne der russischen Armee für den Mobfall vorgefunden, die unverzüglich dem Ic der 87. Division übergeben wurden.

ZdA.

<sup>101</sup> Größere Mordaktionen in diesen beiden Städten standen aber unmittelbar bevor: Am 17. 7. 1941 tötete ein Teilkommando des EK 8 und das Polizeibataillon 316 in Slonim 1159 jüdische Männer im Alter von 18 bis 50 Jahren (Gerlach, Morde, S. 548); am 18. 7. 1941 erschöß ebenfalls ein Teil des EK 8 in Baranowicz 381 „jüdische Funktionäre, Aktivisten und Plünderer“ aus einem Zivilgefangenenlager (ebenda, S. 550).

<sup>102</sup> Heydrich hatte nach einem Besuch mit Himmler am 30. 6. 1941 in Grodno bemängelt, daß er dort keine Angehörigen der Einsatzgruppe B angetroffen habe (ebenda, S. 544). Die Einsatzgruppe hatte dort also einen „Nachholbedarf“ an Morden, wie von Nebe in der „Ereignismeldung UdSSR“ Nr. 21 vom 13. 7. 1941 eingestanden wurde, in: IZ-Archiv, MA 91/1: „In Grodno und Lida sind zunächst in den ersten Tagen nur 96 Juden exekutiert worden. Ich habe Befehl gegeben, daß hier erheblich zu intensivieren sei.“

## Dokument 2

Schreiben des Heeresgruppenkommandos Mitte, 14. August 1941, mit einem Polizeilichen Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B

*BStU, Zentralarchiv, RHE 4/85 SU, Bd. 7, Bl. 181–187. Fotokopie des Entwurfs und der Anlage.*

Heeresgruppe Mitte  
Ic/A.O.

H[aupt]Qu[artier], den 14.8. 1941  
ab: 15.8.

Aus einem Bericht der Einsatzgruppe B werden anliegende Auszüge zur Kenntnis gebracht mit der Bitte um entsprechende Maßnahmen in den Armeebereichen bzw. im rückwärtigen Heeresgebiet, soweit die Truppe beteiligt ist.

Für das Heeresgruppenkommando Mitte  
Der Chef des Generalstabes  
I.A. v. G[ersdorff]  
Major i. G.

Verteiler:

A[rmee]O[ber]K[ommando] 2  
A[rmee]O[ber]K[ommando] 4  
A[rmee]O[ber]K[ommando] 9  
Armee-Gr[uppe] Guderian  
P[an]z[er]-Gr[uppe] 3  
Bef[ehlshaber des] rückw[ärtigen] H[eer]es[G]ebiets] Mitte

[Anlage:]

### II. Polizeiliche Tätigkeit

#### 1. Einsatz gegen Partisanen.

Die eingehenden Berichte lassen erkennen, dass seitens der Einsatzgruppe der Bekämpfung der Partisanen ständig stärkere Beachtung geschenkt werden muss, denn es zeigt sich, dass diese Banden nicht nur die Bevölkerung terrorisieren und Lebensmittel erpressen, sondern vor allem auch den Nachschub an die Front stören, Sabotageakte verüben und Überfälle auf einzelne Soldaten oder kleinere Gruppen durchführen<sup>103</sup>. Ihr Auftreten wird immer häufiger und rück-

---

<sup>103</sup> Am 3. 7. 1941 hatte Stalin in einer Rundfunkansprache zum Partisanenkrieg aufgerufen, doch blieb die Wirkung zunächst gering. Eine Guerillabewegung war nur unzulänglich vorbereitet worden und fand lange keine nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung. Im Som-

sichtsloser. Vielfach haben sie sich Zivilkleidung verschafft, sich ihrer Militärstiefel und ihrer Militärpapiere entledigt und versuchen neuerdings auch in Frauenkleidung unterzutauchen. Sie sind durchweg bewaffnet und eignen sich zuweilen auch deutsche Kraftfahrzeuge an. Natürlich liegt in der ganzen Partisanentätigkeit ein wohldurchdachtes System, für das die Hauptverwaltung der politischen Propaganda der Roten Armee verantwortlich ist. Aufgefundene Flugblätter lassen einwandfrei erkennen, dass diese Abteilung der Roten Armee bis ins einzelne gehende Anweisungen für die Durchführung des Partisanenkrieges herausgegeben hat. Es sollen Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen, Kabelleitungen, Wege und Brücken zerstört, Transporte überfallen, wichtige Gebäude, Vorräte und Erntebestände angezündet werden. Die Flugblätter zeigen auch Vorschriften über Organisation, Bewaffnung, Versorgung und Leitung der Partisanen.

Von den Kommandos sind inzwischen umfangreiche Aktionen gegen Partisanengruppen durchgeführt worden. So konnte z. B. das EK 9 feststellen, dass sich in der Nähe des 60 km nordostwärts Witebsk gelegenen Ortes Schliachotki eine stark bewaffnete Bande von ca. 40 Mann in den Wäldern umhertrieb und sich hauptsächlich aus roten Offizieren und Funktionären zusammensetzte. Der Ort wurde mehrmals ausgeplündert. Bei einer zunächst erforderlichen Erkundung kam ein Trupp des EK 9 mit dieser Partisanengruppe in Berührung, die zum weitaus grössten Teil in die Wälder flüchten konnte, da die Einsatzkräfte zu einer Umzingelung nicht ausreichten. Die Säuberung des fraglichen Waldgebietes wird zusammen mit der Wehrmacht erfolgen.

Eine lebhaftere Partisanentätigkeit ist insbesondere im südlichen Abschnitt der Heeresgruppe festgestellt worden. Wie bereits durch Sonderbericht gemeldet, hatte ein in Sluzk tätiger Trupp des EK 8 am 29. 7. 41 einen Feuerkampf mit Partisanen, bei dem auf der Feindseite 6 Tote zu verzeichnen waren. In Auswirkung dieser Aktionen wurden ausserdem noch weitere 24 Partisanen erschossen. In Pohost, 15 km südostwärts Sluzk, verübten in deutsche Uniformen gekleidete Partisanen mehrere Morde. Sie wurden am 31. 7. gestellt und zusammen mit 38 Juden, die ihnen Unterstützung gewährt hatten, liquidiert. In Luban, etwa 50 km südostwärts Sluzk, wurde von dem gleichen Trupp eine etwa 100 Mann starke Par-

---

mer 1941 kam es meist nur zum sporadischen Auftreten sowjetischer Diversions- und Sabotage-trupps sowie zum vereinzelt Widerstand kommunistischer Kader und versprengter Rotarmisten. Selbst im Bereich der Heeresgruppe Mitte, die später besonders stark vom Partisanenkrieg betroffen war, konnte noch im August 1941 festgestellt werden, „daß entgegen den Erwartungen Freischärlerei nur in geringem Umfange vorgekommen ist und infolgedessen die strengen Strafen nur vereinzelt zur Anwendung kommen brauchten“. Panzergruppe 3, Tätigkeitsbericht Ic, Januar-Juli 1941, 14. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21-3/423. Ähnlich wurde auch von anderen Verbänden berichtet. Besonders in den ersten Monaten des Ostfeldzugs bot die „Partisanengefahr“ vor allem einen Vorwand, um „Verdächtige“ zu exekutieren. Das brutale Vorgehen der SS und Polizei sowie von Teilen der Wehrmacht führte allerdings bald dazu, daß Weißrußland zum Zentrum des sowjetischen Partisanenkampfes wurde. Vgl. Witalij Wilenchik, Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941–1944, Wiesbaden 1984; Gerlach, Morde, S. 859–1055. Eine gute Zusammenfassung der Literatur über den Partisanenkrieg im Osten bietet Timm C. Richter, „Herrenmensch“ und „Bandit“. Deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik als Kontext des sowjetischen Partisanenkrieges (1941–44), Münster 1998.

tisanengruppe aufgespürt, die bereits zahlreiche Sabotageakte verübt und die Bevölkerung ausgeplündert oder terrorisiert hatte. Es gelang dieser Bande jedoch, sich zunächst nach Barikow, 25 km von Luban entfernt, zurückzuziehen. Die erforderlichen Massnahmen sind eingeleitet.

Am 26.7. wurden in Minsk vom EK. 8 neun ehemalige russische Soldaten liquidiert. Sie hatten sich als Partisanen betätigt und zwischen Stolpce und Minsk einen Feuerüberfall auf die Insassen eines Kraftwagens der Wehrmacht ausgeführt. Eine weitere Partisanengruppe wurde bei Lachasa, etwa 5 km westwärts Lagoisk, festgestellt. Bei einem nächtlichen Feuergefecht wurden 2 schwer bewaffnete Partisanen erschossen, der Rest konnte im Walddickicht entkommen. Lediglich ein angeblicher Armenier, der ebenfalls zu dieser Terrorgruppe gehörte, wurde bei der Nachsuche gefasst und unschädlich gemacht. Bei dem Feuergefecht wurde der wolgadeutsche Verwalter durch einen russischen Gewehrschuss an der Schulter verletzt.

Auch in Smolensk und Umgebung sind Partisanengruppen beobachtet worden, die vermutlich zu dem Vernichtungsbataillon<sup>104</sup> gehörten, das in Smolensk aufgestellt worden war (vergl. Sonderbericht). Aus einem ebenfalls in Smolensk aufgefundenen Aktenvermerk<sup>105</sup> ergibt sich, dass die politische Abteilung der Verwaltung des Volkskommissariats für die Staatssicherheit des Gebiets Smolensk für ihre Operationsziele eine Aufstellung der Wehrpflichtigen vorgenommen hat, die s.Zt. gegen die Weissfinnen gekämpft haben<sup>106</sup>. Ob diese zur Partisanentätigkeit oder zu anderen militärischen Aufgaben herangezogen werden sollten, hat sich bisher noch nicht feststellen lassen.

Bei der Bekämpfung von Partisanengruppen hat sich gezeigt, dass die Entsendung einer grösseren Anzahl von zuverlässigen Vertrauenspersonen in die bedrohten Gebiete erfolgversprechend ist. So wurden z.B. wertvolle Feststellungen über Partisanengruppen getroffen, die sich in den Waldgebieten nordostwärts Borissow betätigen. Die erforderlichen Fahndungsmassnahmen sind mit dem zuständigen Sicherungsbataillon eingeleitet worden.

Unzweifelhaft stellen die Partisanen eine grosse Gefahr dar, wenn sie wirklich den Moskauer Weisungen entsprechend handeln. Nach den von hier getroffenen Feststellungen scheinen die Partisanen aber nur dann eine Aktivität zu entwickeln, wenn sie in der Hand von Offizieren, Funktionären oder Kommissaren

<sup>104</sup> Nach dem deutschen Überfall wurden in der Sowjetunion aus Parteimitgliedern und organisierten „Werkträgern“ sogenannte Vernichtungsbataillone aufgestellt, die das Hinterland der Roten Armee sichern, gegen deutsche Diversanten vorgehen, vor dem Rückzug Wirtschaftsgüter zerstören und gegebenenfalls den Kampf auch im Rücken des Feindes fortführen sollten. Vgl. Joachim Hoffmann, Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion, in: DRZW, Bd. 4, S. 713–809, hier S. 753.

<sup>105</sup> In Smolensk fiel den deutschen Eroberern das komplette Archiv der örtlichen KP in die Hände. Diese seltene Beute konnte auch noch nach dem Krieg im Westen ausgewertet werden. Vgl. Patricia Kennedy Grimsted, The Odyssey of the Smolensk Archive: plundered Communist records, in: 1999 12 (1997), Heft 4, S. 71–97; 13 (1998), Heft 2, S. 190–201; 14 (1999), Heft 1, S. 134–151.

<sup>106</sup> Gemeint ist offenbar der finnisch-sowjetische Winterkrieg von November 1939 bis März 1940.

sind. Sobald sie aber ohne die Aufsicht sind, zerstreuen sie sich und versuchen ihre Heimatdörfer zu erreichen.

## 2. Aktionen gegen Kommunisten usw.

Sicherheitspolizeiliche Aktionen gegen kommunistische Funktionäre, NKWD.-Agenten und jüdische Intellektuelle wurden in Bielsk, Borissow, Bialystok, Grodno, Gorodok, Glebocki, Lachowicze, Minsk, Mogilew, Molodeczno, Nowogrodek, Nowoswenciani, Polozk, Surasch, Sluzk, Skidel, Smolensk, Wileika, Wilna, Witebsk und anderen kleineren Ortschaften weiterhin durchgeführt<sup>107</sup>. In Bielsk gelang es einem Teilkommando an einem Tage 82 Personen festzunehmen, zu überprüfen und als eifrige Kommunisten festzustellen. Sie wurden entsprechend behandelt. Diese Aktion erstreckte sich über einen Raum von rund 50 km. Durchmesser. In Bialystok wurden weiter eine Anzahl Grossrussen, Weissruthenen, Polen und Juden, darunter 4 Frauen wegen kommunistischer Betätigung, Agenten-Tätigkeit für NKWD., Zugehörigkeit zur roten Miliz und wegen Plünderens liquidiert. Der in Grodno stationierte Trupp berichtet über weitere Festnahmen von Juden, Polen und Weissruthenen wegen kommunistischer Umtriebe, Mitarbeit im NKWD. und unbefugten Waffenbesitzes und Verbreitung von Greuelnachrichten. Der in Nowogrodek tätige Trupp führte Aktionen gegen die jüdische Intelligenz durch, unter denen sich langjährige Mitglieder der KP. und Agenten des NKWD. befanden. In Zdzieciol konnte ein Einsatztrupp wertvolles Schriftgut und Karteimaterial sicherstellen, kommunistisches Propagandamaterial und Hetzschriften wurden auf dem Marktplatz verbrannt. Im Parteigebäude von Gorodok wurde ebenfalls wertvolles parteiamtliches Material beschlagnahmt. In Witebsk, Polock und Surash wurden Aktionen gegen bolschewistische Funktionäre, Komsomolmitglieder und jüdische Intelligenzler durchgeführt. Es konnten hierbei Komsomolangehörige überführt werden, die gemeinsam mit Juden Brandstiftungen in Witebsk begangen hatten. In Minsk wurde das Zivilgefängnis durchkämmt. Die hierbei festgestellten Funktionäre wurden liquidiert. Ein politischer Kommissar, der bei der 113. sowjetischen Division die bolschewistische Führung und Propaganda leitete, konnte in Minsk festgenommen werden. Er steht im Verdacht, illegale Flugblätter verfasst zu haben. Die Ermittlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Ausser in Minsk erfolgten weitere Liquidierungsaktionen in Rakow, Sluzk, Bastowicze, Luban, Ossipowitschi, Tatarka und Werezy. Von dem in Borissow eingesetzten Trupp wurden weitere 16 Personen erschossen, die sich als aktive Kommunisten und NKWD.-Agenten betätigt und die Bevölkerung terrorisiert hatten. Sie waren auch der Begünstigung russischer Kriegsgefangener überführt. In Lachowicze wurden mehrere Juden wegen aktiver

<sup>107</sup> Daß mit dieser knappen Bemerkung zahllose, teilweise massenhafte Erschießungen besonders von jüdischen Männern angesprochen wurden, war im Heeresgruppenkommando natürlich bekannt und dürfte auch den anderen hohen Kommandobehörden der Heeresgruppe Mitte nicht verborgen geblieben sein. Die Zahl der Opfer in den hier und im folgenden genannten Städten und Gemeinden ging allein bis Anfang August 1941 in die zig Tausende. Genauer dazu die in Anm. 96 genannte Literatur.

kommunistischer Betätigung liquidiert. Ein in Zivil aufgegriffener Rotarmist, der einer nördlich Lachowicze operierenden Partisanengruppe angehörte, wurde erschossen. In den kleineren Ortschaften Lenki, Hresk, Wesilenki und Spoli wurde eine Anzahl Weissruthenen, deren Betätigung im NKWD einwandfrei festgestellt werden konnte und die sich auch wegen Plündern strafbar gemacht haben, zur Exekution gebracht. Unter ihnen befand sich auch ein russischer Offizier in Zivil, der die Bevölkerung gegen die deutschen Truppen aufgehetzt hatte. In Mogilew konnte das Vorkommando VII b mit der kämpfenden Truppe einrücken und bedeutsames Material beschlagnahmen. 28 Funktionäre der KP. wurden festgenommen. Einem Agenten konnte nachgewiesen werden, dass er für die Verschleppung von Volksdeutschen nach Sibirien verantwortlich ist. Sämtliche Festgenommenen wurden, nachdem sie den Aufenthalt weiterer flüchtiger Funktionäre angegeben hatten, liquidiert. 50 Juden mussten wegen Brandstiftung erschossen werden. Mit der Ortskommandantur wurden Vereinbarungen über Bildung eines Judenrates und die Wiedereinrichtung des früheren Ghettos getroffen. In Smolensk waren Exekutivmassnahmen bisher dadurch behindert, dass sich von den 160.000 Einwohnern nur etwa 1000 in der Stadt befanden. Ein geringer Teil der geflüchteten Bevölkerung ist inzwischen zurückgekehrt. Aus Sicherheitsgründen wurden die noch hier verbliebenen Männer zunächst in einem Lager untergebracht und werden nun systematisch überprüft. Zunächst wurden Leute ausgesucht, die sich als V-Personen eignen. Sie wurden beauftragt, aus der allmählich zurückkehrenden Bevölkerung die NKWD.-Agenten, Funktionäre, Saboteure usw. herauszusuchen. Für die Juden wurde ein Ältestenrat bestellt, die Schaffung des Ghettos in Angriff genommen und die äussere Kennzeichnung im Einvernehmen mit der Ortskommandantur durchgeführt.

Für Smolensk wurde schliesslich noch ein Ordnungsdienst aufgestellt, der die Ruhe und Ordnung innerhalb der einheimischen Bevölkerung aufrecht erhalten und die deutschen Sicherheitsorgane zur Konsolidierung der politischen Verhältnisse unterstützen soll.

### 3. Anzeigentätigkeit.

Allgemein ist zu beobachten, dass die Anzeigefreudigkeit der Bevölkerung zunimmt. Besonders bewährt hat sich die von der Einsatzgruppe angeordnete und von den Kommandos jeweils öffentlich bekanntzumachende Aufforderung der Bevölkerung, alle Wahrnehmungen über Auftauchen von Kommunisten, Saboteuren, Agenten, Brandstiftern usw. der deutschen Sicherheitspolizei zur Kenntnis zu bringen. Allerdings musste auch festgestellt werden, dass eine ganze Anzahl Personen glaubte, nun persönliche Wünsche und Rachegeleüste durch Erstattung von Anzeigen befriedigen zu können. Die Kommandos sind daher angewiesen worden, die einlaufenden Anzeigen eingehend nachzuprüfen, um Fehlmassnahmen von vornherein auszuschliessen. Diese Vorsicht ist notwendig, da in einigen Fällen versucht worden ist, und zwar von kommunistischer Seite, die von deutschen Dienststellen eingesetzten Mitarbeiter als Kommunisten zu verdächtigen und auf diese Weise schliesslich wieder Unruhe in die Bevölkerung zu tragen.

■ 562 Dokumentationen

Aus den Anzeigen ergab sich weiterhin, dass viele Juden nach Erscheinen der Sicherheitspolizei in die Wälder flüchteten und sich dort versteckt halten. So gelang es dem EK. 9 in einem Walde bei Witebsk 300 solcher Juden gefangen zu nehmen. Eine gründliche Erfassung der auf diese Weise geflüchteten Juden wird allerdings erst im rückwärtigen Gebiet mit dem Einsatz der Polizei-Bataillone möglich sein.